

Wegen der Osterfeiertage erscheint die nächste Nummer Dienstag, 15. April, nachmittags 4 Uhr.

Telegraphische Depeschen.

Wien, 10. April. Die Politische Correspondenz schreibt: „Nachdem die Beleidigung constatirt worden sei, deren Gegenstand der österreichisch-ungarische Consul in Widdin seitens dortiger officieller Organe gewesen, seien Schritte in Petersburg geschehen, um eine entsprechende Genugthuung von der russischen Regierung zu erlangen.“

Bern, 10. April. Die internationale Conferenz hat den Finanzausweis der Sanct-Gotthardbahn, welcher die Summe von 227 Mill. Frs. als für die Bauausführung geleistet aufweist, für genügend erklärt und genehmigt.

Kom, 11. April. Wie der Messagiere meldet, hat bei Garibaldi eine Versammlung der Führer der demokratischen Partei stattgefunden behufs Vorbereitung einer Agitation zur Erweiterung des Stimmrechts in der Richtung auf das allgemeine Stimmrecht.

Kom, 10. April. Dem Popolo romano zufolge wurden die albanesischen Delegirten Abdul-Bei und Mehemed-Ali-Bei von dem Generalsecretär des auswärtigen Ministeriums, Cornielle, empfangen. Die Delegirten empfehlen den Mächten bei der Lösung der türkisch-griechischen Frage die Integrität Albaniens ausdrücklich zu erhalten.

Paris, 11. April. Gegenüber den Anschauungen der auswärtigen Presse, welche in der ägyptischen Frage Differenzen zwischen England und Frankreich annehmen, wird von unterrichteter Seite hervorgehoben, daß von solchen durchaus keine Rede ist, da der zwischen beiden Cabineten stattgehabte Meinungs-austausch ein völlig gemeinsames Vorgehen beider Mächte in der Frage gesichert hat.

Paris, 11. April. Die Nachricht auswärtiger Blätter, daß Rochefort hierher zurückgekehrt sei oder zurückkehren werde, ist nicht begründet, auch dürfte sich Rochefort nicht unter denjenigen befinden, die noch Amnestirung zu erwarten haben.

London, 10. April. Wie der Standard erfährt, würde die französische und die englische Regierung zuvörderst eine freundliche, aber energische Aufforderung an den Khedive, seinen Fehlgrieff wieder gut zu machen, richten; andernfalls aber würde die Pforte ernstlich angegangen werden, die Angelegenheit in dringliche Erwägung zu ziehen und die Abjurgation des Khedive zu veranlassen.

Petersburg, 10. April. Dem Golos zufolge betragen die Zolleinnahmen im vergangenen Jahre

79,644579 Creditrubel und überschritten somit den Voranschlag um 23,169779 Creditrubel. Gegen das Jahr 1877 sind die Zolleinnahmen um 35,604123 Rub. gestiegen. Der Import an Gold und Silber in Münzen und Barren betrug im vergangenen Jahre 15,917704 Rub. und der Export 12,312785 Rub.

Petersburg, 11. April. Die Agence russe schreibt, die Cabineten unterhandelten gegenwärtig über den Vorschlag der Pforte, statt eine gemischte Occupation Ostrumeliens eintreten zu lassen, Alex-Pascha zum Gouverneur zu ernennen, welcher allen Theilen sympathisch sei. Die Pforte habe sich ferner bereit erklärt, einer Verlängerung der Machtbefugnisse der internationalen Commission auf ein Jahr zuzustimmen; während dieser Zeit wolle die Pforte die Punkte nicht militärisch besetzen, in denen ihr das Recht zustehe, Garnisonen zu halten. Die Agence russe fügt hinzu, diese Combination könnte gutgeheißen werden, wenn zwischen den einzelnen Cabineten ein absolutes Einvernehmen bestände, und wenn ihre Sprache gleich unparteiisch und energisch in Konstantinopel, Tirnowa und Sofia sich geltend machte.

Krakau, 10. April. Nach einem Bericht des Gjas aus Kiew wurde auf den Gouverneur Gartzkow während einer Spazierfahrt in der Hauptstraße ein Mordversuch verübt. Der in einer Droschke flüchtende Attentäter schoß auf die ihn verfolgenden Gensdarmen, die jedoch dabei keinen großen Eifer bekundeten. Der Attentäter wäre auch entkommen, wenn er nicht von einem zufällig passirenden Bauer einen Kopfschuss erhalten hätte, wodurch er das Bewußtsein verlor und arretirt wurde. General Gartzkow erhielt wiederholte Warnungen vom Revolutionscomité, weshalb er auch seine Dimission eingereicht haben soll.

Wien, 11. April. Die Politische Correspondenz meldet aus Konstantinopel: Die ostrumelische Commission hat diejenigen Punkte des Statuts erledigt, welche sich auf die Ernennung der Beamten in nichtmuselmanischen Gemeinden, sowie auf die Erhöhung des Tributes aus den nach einer bestimmten Zeit sich ergebenden Einnahmen und auf die Zulässigkeit der türkischen, bulgarischen und griechischen Sprache im amtlichen Verkehre beziehen. Die Artikel, welche die Grundeigentumsverhältnisse und die Frage der Reformen in den übrigen Provinzen der Türkei betreffen, sollen zu Anfang nächster Woche beraten werden. Im Auftrage des Khedive trifft demnächst Talaat-Pascha in besonderer auf den Conflict des Khedive mit den Westmächten bezüglicher Mission hier ein. Wie es heißt, hat der Sultan die neuen Vorschläge genehmigt, welche Griechenland in der Grenzregulirungsfrage gemacht werden sollen.

Konstantinopel, 11. April. Nachdem die Pforte vom Khedive Aufklärungen über die Angelegenheiten mit Frankreich und England erhalten hatte, ist der türkische Ministerrath zur Erörterung der ägyptischen Frage zusammengesessen. Ein Beschluß ist noch nicht gefaßt worden, weil die Pforte zuvor die Anschauungen Englands und Frankreichs kennen lernen will.

Pera, 10. April. Die letzten Depeschen aus Kairo melden, daß der Khedive fest entschlossen ist, auf der betretenen Bahn auszuharren und keine Concessionen zu machen. Er befahl vorgestern, die Garnison von Alexandria zu verstärken und die nächtliche Einfahrt in den Hafen streng zu überwachen. Auch beabsichtigt er, für den Fall einer Landung von fremden Truppen an der ägyptischen Küste den „Dschihad“ (Glaubenskrieg) zu proclamiren (?) und die ganze mohammedanische Bevölkerung unter die Waffen zu rufen. (Wiener „Presse“.)

Kairo, 10. April. Die Mitglieder der Enquete-commission haben ihre Stellen als Commissionsmitglieder niedergelegt.

Kairo, 11. April. Der Rücktritt der Mitglieder der Enquete-commission für die Finanzen Aegyptens von ihrem Posten erfolgte wegen der Abjurgation des Präsidenten der Commission, Riag-Pascha durch den Khedive.

Leipzig, 11. April.

Wir stehen am Ende der „Narren“ Woche, welche dem Osterfeste vorausgeht. Auch in der Politik ist es still. Die Parlamente der größeren Länder machen Ferien; die dadurch auf kurze Zeit etwas entlasteten Minister suchen Erholung, zum Theil sogar auf dem Lande, wie wenig auch das plötzlich wieder fast winterlich gewordene Wetter einladend ist zu solchem Landaufenthalte. Nur die armen Mitglieder des Reichstages müssen ihre Arbeiten bis auf eine ganz kleine Pause ununterbrochen fortsetzen, um dem Reichstage bei seiner Rückkehr nach Berlin ein möglichst reiches Material an Vorlagen entgegenbringen zu können. Daneben hat derselbe die Vorschläge wegen Befetzung des Reichsgerichts vorzubereiten, welche er bald nach dem Feste, wie es heißt, Sr. Maj. dem Kaiser zur Genehmigung und Vollziehung unterbreiten wird.

Auch die Diplomatie wird nicht lange feiern können. Sie bringt in die Ostertage ein paar Reste von der großen Orientfrage — die griechische und ostrumelische Frage — noch immer ungelöst mit herüber. Denn wie viel auch in jüngster Zeit von einer definitiven Regelung der letztern und von neuen Vermittelungen der Großmächte und neuen Vorschlägen der Pforte in der griechischen Sache die Rede gewesen, so scheint

Karl Bedt.

Aus Währing bei Wien geht der National-Zeitung von der Witwe telegraphisch die Trauerkunde zu, daß der Dichter Karl Bedt in der Nacht vom 9. zum 10. April 12 1/2 Uhr nach langen, qualvollen Leiden zur ewigen Ruhe entschlafen ist. „Werden wir“, schreibt das Blatt, „in diesem Falle zunächst den Lob als einen Erblüher begrüßen müssen, der das jahrelange Siechtum und die schmerzlichen Leiden des unglücklichen Dichters endete, so wird doch eine tiefe Wehmuth über das herbe Geschick eines so hochbegnadeten Menschen alle Herzen erfüllen. Karl Bedt ist unserer Stadt, ist unserm Vaterlande kein Fremder; mit Stolz nennen wir den in Ungarn, in dem Marktsleden Baja am 1. Mai 1817 von einer jüdischen Mutter Geborenen einen deutschen Dichter; in Berlin, in Weimar und Leipzig leben ihm viele persönliche Freunde, die sein Hinscheiden über das allgemeine Mitgefühl hinaus mit besonderm Schmerz berühren wird.“

Karl Bedt studirte nach seiner Gymnasialzeit in Wien Medicin, widmete sich aber später dem Kaufmannstande. Schon nach einem halben Jahre inebef verließ er das Contor und begab sich nach Leipzig, wo ihn Gustav Kühne freundlich aufnahm und in die Literatur einführte. Von dem Jahre 1837 bis zum Ausbruch der ungarischen Revolution im Jahre 1848 hat er meist in Deutschland gelebt. Seinen Aufenthalt in Weimar nannte er die glücklichste Zeit seines Lebens. Gleich seine ersten Gedichte, „Nächte“, „Gepanzerte Lieder“ (1838), stellten ihn in die erste Reihe der damaligen Lyriker. Mit Lenau und Anastasius

Grün bildete er das Dreiblatt freisinniger österreichischer Dichter. Die Leidenschaft des Ausdrucks, die Begeisterung, die in diesen Liedern lodert, hat Bedt nicht mehr übertroffen; an Kraft der Schilderung, an Gedankentiefe, an Erfindung und Charakteristik geht ihnen der Roman in Versen „Janke, der Kofshirt“ voran; wer aber das geistige Bild des jugendlichen, freiheits-trunkenen Poeten vor sich erscheinen lassen will, wird zu den „Gepanzerten Liedern“ greifen.

In Wien verheiratete sich Bedt im Jahre 1850, erfuhr aber schon nach wenigen Monaten den schmerzlichen Schicksalsschlag, von dem er sich nie wieder völlig erholt hat, seine Gattin durch den Tod zu verlieren. Seit 1855 redigirte er in Pest eine belletristische Zeitschrift; später begab er sich wieder nach Wien, wo er seinen dauernden, freilich von östern Reisen, die ihn auch wiederholt nach Berlin führten, unterbrochenen Aufenthalt nahm. Vor zwei Jahren heirathete er zum zweiten male.

In Karl Bedt hat Deutschland seinen letzten hervorragenden politischen Dichter aus der Periode vor 1848 verloren. Diejenigen, die Karl Bedt kannten, liebten den guten, edeln, immer hilfsbereiten Menschen in ihm ebenso sehr, wie sie den Dichter schätzten und bewunderten. In ihren Herzen ist ihm ein inniges Andenken, in den Annalen unserer Dichtung ein unvergesslicher Name bereitet.

Musikalisches aus Leipzig.

Leipzig, 12. April. Wie berechtigt der Wunsch auch sein mag, in dem regelmäßig am Charfreitag in

der Thomaskirche stattfindenden Concert zum Besten des Orchester-Witwenpensionsfonds an Stelle der Bach'schen „Matthäus-Passion“ einmal ein anderes kirchliches Tonwerk zu hören, so läßt sich — nach dem Spruche — alte Sitte hat alles Recht“ — die stehende Aufführung der bezeichneten Bach'schen Tonhöpfung doch auch wieder dadurch rechtfertigen, daß in Bezug auf Charakter und geistige Bedeutung kein anderes Tonwerk so für die Charwoche paßt wie gerade die erwähnte Bach'sche große Passionsmusik. Die herrlichen Chöre sowie die durch ihre Charakteristik und Tiefe des Ausdrucks einzig in ihrer Art dastehenden Recitative, desgleichen die wundervollen Arien: „Buß und Reu“, „Ach, nun ist mein Jesu hin“, „Erbarme dich“ u. hören nicht auf, ihre erhebende Wirkung zu üben und das Gemüth des Hörers in eine sehr religiöse, weichevolle Stimmung zu versetzen, und man kann daher wohl sagen, daß die „Matthäus-Passion“ durch ihre regelmäßige Aufführung in Leipzig gewissermaßen zu einem integrierenden Theile der Charfreitagfeier und zu einem Gemüthsbedürfnisse der Mehrzahl unserer Concertbesucher geworden ist.

Die Chöre waren in der letzten Aufführung numerisch stark besetzt und gingen auch, bis auf einige Eintritte, die der nöthigen Energie ermangelten, sehr gut. Nur der Männerchor Nr. 50: „Es taugt nichts“, tautete, euphemistisch ausgedrückt, nicht viel. Die Männerstimmen des ersten gerietzen am Schluß mit denen des zweiten Chores in eine unfreiwillige Nachahmung. Diese kleine Misere warf übrigens ihre Schatten auch noch auf einige der nachfolgenden Solostellen in den Partien des Pilatus und des Evange-



doch das letzte Wort weder hier noch dort gesprochen zu sein, und man wird nach Ostern da wieder anfangen müssen, wo man vor dem Feste aufgehört hat. Die bulgarische Notabelnversammlung hat ihre Arbeit, die Berathung des organischen Statuts oder der Verfassung für Bulgarien, nahezu, wie es scheint, vollendet; die Wahl des Fürsten soll ihrem Antrage gemäß von einer ausdrücklich dazu zu berufenden Nationalversammlung vorgenommen werden.

Die rumänischen Kammern sind geschlossen worden. Einer neuen Volksvertretung soll die Revision der Verfassung, welche durch den Berliner Vertrag namentlich in Bezug auf die zur Bedingung der Unabhängigkeit Rumäniens gemachte bürgerliche Gleichstellung der Juden nothwendig geworden, vorbehalten bleiben. Die Wahlen sind bereits ausgeschrieben. Ein ganz neuer, aber nicht als nachahmenswerth zu empfehlender Vorgang ist die Stiftung einer Decoration für die Mitglieder der rumänischen Kammer zur Erinnerung an die Unabhängigkeitserklärung des Landes. Es gibt der Orden und sonstigen Decorationen schon mehr als genug, und am wenigsten sollte man der Sucht nach solchen gerade in parlamentarischen Kreisen Nahrung geben.

Ein sonderbarer Zwischenfall war in vergangener Woche die plötzliche „Revolution von oben“, die der Khebid von Aegypten in Scene setzte, indem er sich der europäischen Controle seiner Finanzgebarung durch einen Staatsstreich entledigte. Die Sache kann weitreichende Folgen haben. Hat man mit dem Hauptlande, der Türkei, rücksichtlich ihrer „Integrität“ so wenig Umsände gemacht, so könnte man leicht gegenüber dem Nebenlande noch weniger machen, zumal dieses letztere fast noch mehr als die Türkei selbst gerade in einem Knotenpunkt der sich kreuzenden Lebensinteressen des westeuropäischen Weltverkehrs liegt, daher jede Hemmung, die es diesem bereitet, doppelt leicht dahin führen kann, daß es von dessen gewaltigen Strömungen überannt wird.

Noch scheint man in London und Paris einen festen Beschluß darüber, was zunächst zu thun sei, nicht gefaßt zu haben. Das englische Cabinet hat lediglich seinen Vertreter in Aegypten, Hrn. Wilson, angewiesen, auf seinem Posten auszuharren bis auf weitere Ordre. Ueber weitere gemeinsam zu ergreifende Maßregeln scheint zwischen beiden Regierungen verhandelt zu werden. Dahin deuten englische Blätter die außerordentliche Sendung des Unterstaatssecretärs Bourke nach Paris. Dagegen ist eine dritte Regierung, die italienische, rasch zur Hand und hat einen außerordentlichen Gesandten nach Kairo entsendet, um die Interessen Italiens, beziehentlich der italienischen Staatsbürger, daselbst wahrzunehmen.

In Frankreich kann man es sich natürlich nicht versagen, die deutsche Diplomatie bei den Vorgängen in Kairo wieder eine Hauptrolle spielen zu lassen und — wie ein pariser Correspondent der National-Zeitung meldet — das Gerücht zu verbreiten, Deutschland unterstütze den Khebid, um Frankreich Verlegenheiten zu bereiten. Diesen böswilligen Verdächtigungen der deutschen Politik gegenüber verdient eine Correspondenz aus Kairo vom 30. März im Journal des Débats besondere Beachtung. Der mit den ägyptischen Dingen sehr vertraute Berichterstatter beschuldigt in erster Linie die pariser Financiers, den Khebid gegen das verständige Finanzproject von Rivers Wilson aufgestachelt

zu haben. Während nämlich dieser englische Finanzmann, die Privatinteressen der englischen Gläubiger unberücksichtigt lassend, wirklich eine durchgreifende und dauernde Reorganisation des ägyptischen Finanzwesens ins Auge faßte und demgemäß es für nothwendig erachtete, den Aprilcoupon der ausschließlich von England beliehenen 1864er Schuld einstweilen uneingelöst zu lassen, hätten die französischen Financiers alle Mittel in Bewegung gesetzt, um die Einlösung des demnächst fällig werdenden Maicoupons durchzusetzen — was aber nur geschehen kann durch eine abermalige Ausraubung der schon unglaublich bedrückten ägyptischen Bevölkerung. „Die volle Zahlung des Maicoupons“, schreibt der Correspondent des Journal des Débats, „würde vielleicht eine scheinbare Pause herbeiführen, während deren die großen Finanzinstitute sich ihrer Titel an Kapitalisten entledigen, die unflug genug sind, an die Vorspiegelung von der Wiederbelebung des Credits zu glauben. Aber die Katastrophe, weil verzögert, wird um so größer werden und, weil sie die kleinen Kapitalisten betrifft, um so unheilvoller. Aegypten wird dann in den letzten Tagen liegen. Schon jetzt gehören die Dörfer fast ausschließlich fremden Bucherern, dann würde aber das ganze Land der Fellaahs ihre Domäne werden.“

Die Engländer haben am Cap eine neue Schlappe erlitten. Wieder ist eine Munitionscolonie von den Zulus überfallen und größtentheils niedergemacht, der Transport selbst erbeutet worden. Auch gehen Gerüchte von Unruhen in dem Transvaallande, jener Colonie, die England auf ziemlich recht- und formlose Weise den holländischen Boers abgenommen und welche durch ihre nachbarlichen Verührungen zu dem Conflict mit den Zulus geführt hat.

In Frankreich fand wieder eine Anzahl von Ersparwahlen statt, die ganz überwiegend zu Gunsten der Republikaner ausfielen; ob der radicalen oder der gemäßigten, das allein ist noch nicht ganz klar; die Mittheilungen darüber lauten widersprechend. Zu wünschen wäre das letztere.

In Schweden hat der Storting eine Reduction des Heeresbestandes aus finanziellen Gründen beantragt und die Regierung ist darauf eingegangen. Es wird dadurch eine Ersparniß von etwa 1,040,000 Reichsthalern erzielt werden.

Aus Rußland werden wieder arge Dinge von dem Umsichgreifen des Nihilismus berichtet. Wie einst, vor etwa 20 Jahren, in Polen, so scheinen jetzt mitten in Rußland geheime revolutionäre Gewalten ein grauenhaftes System des Terrorismus und der blutigen Wache gegen alle, die ihnen im Wege stehen, zu organisiren. Es wird gewaltiger Anstrengungen, vielleicht tiefgreifender Neugestaltungen des ganzen politischen Lebens in Rußland bedürfen, um dieses Uebel auszurotten.

Nicht in Deutschland allein, sondern auch in den andern westeuropäischen Ländern sind die Schutz- und Sperremaßnahmen gegen die Pest, deren Eindringen von Südrußland aus befürchtet wird, neuerdings wesentlich ermäßigt worden, ein trostreiches Anzeichen von dem Zurücktretten dieser Gefahr. Eine schwere Beforgniß ist damit von dem ganzen europäischen Westen genommen.

listen, in denen ebenfalls einzelne Incorrectheiten vorkamen und dem Vertreter des Evangelisten sogar ein Versehen passirte, welches eine längere Kunstpause zur Folge hatte. Als Vertreter der Solopartien sind zu nennen die Damen: Frau Gugschbach-Ligmann (Soprano) aus Frankfurt a. M., Frä. Luise Schärnack aus Hamburg (Alt), sowie die Herren Professor Schneider aus Köln (Tenor — Evangelist), D. Schelper (Bariton — Christus) und Kleber von hier (Bass — Judas, Kaiphas, Petrus, Pilatus).

Der Evangelist des Hrn. Schneider ist nach geistiger Seite hin von jeher eine Meisterleistung gewesen, welche Hrn. Schneider noch kein anderer Sänger hier nachgethan hat. Es war auch gestern erstaunlich, wie Hr. Schneider bei der begreiflicherweise nicht hinwegzuleugnenden Abnahme seines Stimmfonds dennoch durch die ihm eigene „Kunst des Singens“ und sein durch und durch musikalisches Wesen, vor allem aber durch die ergreifende Wahrheit und das Ideale seiner ganzen Auffassung wiederum als Sieger hervorging. Auch Hrn. Schelper müssen wir zugestehen, daß er seine Partie in durchaus würdevoller Weise durchgeführt hat —, wenn der geschätzte Sänger nur einige scharfe, gepreßte Töne in der oberen Stimmlage besitzigen wollte. Frau Ligmann hat uns durch den klaren und weichen Klang ihrer Stimme und durch die Gefühlsmäßigkeit ihres Gesanges wie immer, so auch in dem gestrigen Concert wieder auf das sympathischste berührt. Frä. Schärnack ersaßte ihre Aufgabe ebenfalls mit Ernst und innerer Wärme. Besonders war ihr volltönendes, weittragendes Organ den vorgetragenen Nummern günstig. Sollte genannte

Dame die Altpartie in Bach's „Matthäus-Passion“ wieder einmal singen, so würde es sich empfehlen, dem Recitativ Nr. 60 noch etwas mehr dramatisches Leben, und dem Recitativ Nr. 69 eine noch tragischere Färbung zu geben. Auch Hr. Kleber darf sich eines sehr schönen, bildsamen Stimmmaterials rühmen, aus welchem derselbe viel machen kann, sobald erst die nöthige musikalische Durchbildung und künstlerische Verfeinerung vorhanden ist.

Von den solistisch in den Vordergrund tretenden Instrumentalisten sind besonders Concertmeister Röntgen (für die vorzügliche stilvolle Ausführung der Violinpartie in der Arie Nr. 47) und die Herren Finke (Oboe) und Ruff (Orgel) mit Auszeichnung zu nennen. Gleiche Anerkennung gebührt den beiden Flötisten und Clarinetisten für die echt künstlerische Durchführung ihrer ebenfalls vielfach obligat gehaltenen Partien.

Aus Merseburg vom 9. April schreibt man der Magdeburgischen Zeitung: „Gestern Abend ereignete sich hier folgender schreckliche Vorfall. Das fünfzehnjährige Dienstmädchen eines hiesigen Restaurateurs hatte das acht Monate alte Kind desselben zu besorgen. Das Kind verschluckte die Gummispitze der Saugflasche, das Mädchen versuchte vergebens, dieselbe herauszuziehen, und das Kind erstickte. In seiner Angst lief das Mädchen weg und war fast beim Dorfe Leuna angelangt, als zwei Männer, vermuthlich Angehörige des erstickten Kindes, es einholten und zu schlagen begannen. Die Mißhandlung war so stark, daß der eine Arm, mit welchem das Mädchen den Kopf zu schlagen suchte, völlig zertrümmert ist. Nach einer Stunde vermochte sich das Mädchen bis an die ersten Häuser von Merseburg zu schleppen und um Hilfe zu rufen. Gegenwärtig liegt es, noch vernehmungsunfähig, im Krankenhause. Die Untersuchung ist im Gange.“

Deutsches Reich.

× Berlin, 10. April. Die Ausschüsse für Handel und Verkehr, Zoll- und Steuerwesen und für Rechnungswesen haben gestern die Vorlage wegen Erhebung der Brausteuer berathen. Man erwartet, daß der heute um 2 Uhr zusammengetretene Bundesrath, auf dessen Tagesordnung unter anderm der Bericht über die Gesetzentwürfe wegen Erhöhung und Erhebung der Brausteuer steht, die Vorlage wegen Erhöhung der Brausteuer durch unveränderte Annahme zum Abschluß bringen werden. Die Ausschüsse haben nur unwesentliche Abänderungen derselben in Vorschlag gebracht. — Im Springer'schen Verlage in Berlin ist soeben eine Flugschrift erschienen: „Der einheitliche deutsche Eisenbahngütertarif, eine Fachstudie über das Tarifwesen der deutschen Eisenbahnen.“ Der ungenannte Verfasser bemerkt in der Vorrede: „So sehr man von seiten der Privatbahnen bemüht sei, die Ziele der reichsweit empfohlenen Tarifreform als unausführbar oder als das Privatkapital vergewaltigend hinzustellen, werde der gesunde Reim der reichsseitigen Bestrebungen sich doch mit Naturnothwendigkeit Bahn brechen.“ In den Kreisen der Eisenbahnactionäre scheint allerdings der Zweifel rege zu sein, ob die Ausführung eines einheitlichen Gütertarifs mit ihren Interessen vereinbar sei; ängstlichen Gemüthern wird es aber zur Veruhigung dienen, aus den Darlegungen der genannten Schrift zu ersehen, daß ein Einheitsarif die Transportkosten wesentlich verringern, den Reinertrag erhöhen und die Renten verbessern muß. — Der Deutsche Beamtenverein gedenkt aus Anlaß der goldenen Hochzeit des Kaiserpaars eine Wilhelms-Stiftung „Beamten dank“ zu gründen. Hochstehende Staatsbeamte sind mit den Vorstandsmitgliedern des Deutschen Beamtenvereins zu einem Comité zusammengetreten, um die nöthigen Schritte dazu zu veranlassen.

N.L.C. Berlin, 10. April. Acht Tage sind seit der Beschlußfassung des Bundesrathes über den Zolltarif verstrichen und noch sind die Motive nicht zum Vorschein gekommen. Auf dem Bureau des Reichstages hatte man auch bis heute Mittag noch keine Nachricht, bis wann sie etwa zu erwarten seien. Dagegen belehren uns die Officiösen, daß das Reichsfinanzamt ihre Feststellung abgeschlossen und sie zum Druck befördert hat. Die gleichzeitig hinzugefügte Bemerkung, daß der Bundesrath die Gründe, aus denen er die Tarifvorlage beschlossen hat, selbst nicht erst anhören wird, sondern ihre Entwidlung der Discretion des Reichsfinanzamtes beziehungsweise der Tarifcommission überlassen hat, kann bei der ganzen für diese Angelegenheit beliebigen Behandlungsweise nicht überraschen. Die Verzögerung des Erscheinens der Motive aber setzt die Mandate der Officiösen gegen die angeblichen Verschleppungsversuche des Reichstages in eine doppelt interessante Beleuchtung.

— Aus Berlin vom 10. April wird der Neuen Frankfurter Presse berichtet: „Behufs Herstellung direkter Verbindung zwischen den einzelnen Reichsverwaltungen hat der Reichskanzler angeordnet, daß die Chefs derselben von Zeit zu Zeit zu gemeinsamen Berathungen unter seinem Vorsitz zusammenzutreten. Gestern hat nun die erste Reichsministerconferenz stattgefunden.“

— Die Gesamtzahl der vom Kaiser für das Reich

— Aus Eger wird der Neuen Freien Presse mitgetheilt, daß daselbst im Garten des Gasthofs Kronprinz Rudolf durch den Besitz desselben ein Goethe-Denkmal errichtet wird. In diesem Garten, der ehemals dem Rath Grüner, der mit Goethe befreundet war, dem Vater des Generalconsuls v. Grüner gehörte, pflanzte Goethe, wenn er auf Besuch bei Grüner war, unter den schönen Bäumen zu sitzen. An dieser Stelle wird das Denkmal errichtet werden. Eine Schrift, die bei der Enthüllungsfest des Denkmals unter dem Titel „Goethe in Eger“ erscheinen und dem Wiener Goethe-Verein gewidmet werden soll, dürfte manche interessante Mittheilung bringen.

— Der Oberpostdirectionssecretär C. Lehmann in Berlin hat seine zu Anfang vorigen Jahres erschienene „Eisenbahnkarte von Mitteleuropa“ in einer vollständig berichtigten Auflage herausgegeben. Hatte schon die erste Auflage durch ihre praktische Einrichtung sich in allen Kreisen Anerkennung erworben, so wird es diese trefflich ausgestattete Karte in ihrer zweiten Auflage noch mehr thun, die sich durch große Uebersichtlichkeit und correcte Darstellung auszeichnet. Sie darf als ein vorzügliches Hilfsmittel für Reise-, Besendungs- und Studienzwecke bezeichnet werden.

— Der außerordentliche Professor Dr. Freund zu Breslau ist zum ordentlichen Professor in der medicinischen Facultät der Kaiser-Wilhelms-Universität Straßburg, der Gymnasiallehrer Dr. Eugen Netto zu Berlin zum außerordentlichen Professor in der mathematischen und naturwissenschaftlichen Facultät derselben Universität ernannt worden.

— Kirchenrath Karl Horn, Pastor emer., Waffengeführte und Freund Theodor Körner's, dann in weiteren Kreisen als Stifter der Allgemeinen Deutschen Burschenschaft in Jena bekannt geworden, ist am 8. April nach kurzem, aber schwerem Leiden im Alter von 84 Jahren zu Neubrandenburg gestorben.

und für  
Justizsaal  
bezieht.  
— Aus  
Zeitung  
Wie  
Jahren,  
ein Antr  
Münzgef  
männlich  
Bedürfn  
den Man  
der sich  
blieb ab  
vor eini  
Bemerk  
und gleich  
Das Re  
der Thal  
minde  
finanziell  
dessen ist  
Ob dam  
demnach  
gebracht  
20-Mark  
und der  
— Au  
Königsh  
machung  
bedeuten  
zur Ein  
tritt bei  
trieben  
sonders  
niemand  
command  
forberun  
mehr d  
im Mol  
bataillon  
sich unte  
jirkfeld  
dere Au  
Exercir  
— Am  
der Dele  
schen P  
Direc  
50 Deleg  
beschick  
Vorstand  
Director  
burg-Kre  
fessor G  
Bereins  
gewesen  
der Real  
ausschließ  
den Ver  
am meh  
Frage h  
um bei  
Freunde  
Referent  
flugsblät  
politische  
Agitation  
mehr die  
verstärkt  
allen die  
nichts er  
schulen  
kommen  
schulmäu  
begonnen  
zu fähre  
herborju  
vermehr  
eingegan  
Realschu  
viele Late  
leute, in  
Berichte  
Realschu  
über der  
wies un  
nach der  
Realschu  
schafflich  
trodem  
und Rat  
laugen i  
nicht we  
Mit ein  
Entwicke  
Etzung.  
In  
Deutsch  
Herren  
Schulge  
weiterun  
den Re  
zwar, d  
tial- u  
Mehrza  
gerade  
ungen  
tion d  
außerde  
den Leh



für Handel für Rechen Erhebungen, daß undbestrah, er Bericht und Erwegen Er-Annahme lisse haben in Bor-erlage in: „Der aris, eine en Eisen-kt in der wathbahnen pfohlenen Privat- gesunde doch mit n Kreisen Zweifel heitlichen i; ängst- gien, d, ersehen, wesentlch Renten derein iserpaars gründeten. orstands- u einem Schritte

und für Preußen zu vollziehenden Bestellungen im Justizfach wird nach der „Tribüne“ auf ungefähr 4000 beziffert.

— Aus Berlin vom 10. April wird der Weser-Zeitung geschrieben:

Wie bekannt, war dem Bundesrathe bereits vor zwei Jahren, wenn ich mich recht erinnere, von preussischer Seite ein Antrag zugegangen, die Bestimmung des Art. 4 des Münzgesetzes: „der Gesamtbetrag der Reichs-Silbermünzen soll bis auf weiteres 10 M. für den Kopf der Bevölkerung des Reiches nicht übersteigen“, abzuändern und den Maximalbetrag um 3 M. zu erhöhen. Der Antrag, der sich auf das angelegte Bedürfnis des Verkehrs stützte, blieb aber damals unerledigt. Derselbe ist, wie ich höre, vor einiger Zeit wieder in Anregung gebracht worden. Die Vermehrung des Kopfbetrages sollte nur 2 1/2 M. betragen und gleichzeitig mit der Einziehung der Thalerstücke erfolgen. Das Reich würde bei dieser Operation, wenn an Stelle der Thalerstücke, die ja den Goldmünzen gleichgestellt sind, minderwertige Silbermünzen ausgeprägt werden, einen finanziellen Gewinn von 9—10 Mill. M. erzielen. In dessen ist der Vorschlag noch einmal ad acta gelegt worden. Ob damit auch die Absicht aufgegeben ist, die Thalerstücke demnächst einzuziehen, ist eine andere Frage. In Anregung gebracht worden ist außerdem die Reduktion der 5- und 20-Markstücke, und zwar der erstern um circa 14 Mill. M. und der letztern um 5—10 Mill. M.

— Aus Berlin vom 8. April schreibt man der Kölnischen Zeitung: „Während früher die im Mobilmachungsplane begründete und deshalb sonst nicht bedeutende Aufforderung an frühere Unteroffiziere zur Einholung ihrer Bereitwilligkeit zum Wiedereintritt bei erfolgbarer Mobilmachung sehr geheim getrieben wurde, und die Aufgeförderten sogar noch besonders ersucht wurden, dieser Aufforderung gegen niemand zu erwähnen, gehen jetzt Landwehrbezirkscommandos mit diesfälligen amtlichen öffentlichen Aufforderungen vor, denen gemäß inactive, das sind nicht mehr dienstpflichtige Unteroffiziere, welche wünschen, in Mobilmachungsfälle bei Ersatz- oder Garnisonsbataillonen Verwendung zu finden, veranlaßt werden, sich unter Vorlegung ihres Militärpasses bei dem Bezirksfeldwebel ihres Aufenthaltsortes zu melden. Andere Aufforderungen beziehen sich auf den Eintritt als Exercirmeister für den Mobilmachungsfall.“

— Am 9. April fand in Berlin die erste Sitzung der Delegirtenversammlung des Allgemeinen Deutschen Realschulmännerversichts statt:

Director Schauenburg-Krefeld eröffnete die von etwa 50 Delegirten aus den verschiedensten Theilen Deutschlands besetzte Versammlung mit einem Gruß im Namen des Vorstandes. Zum Vorsitzenden wählte die Versammlung Director Bach-Berlin, zum Stellvertreter Director Schauenburg-Krefeld. Den Bericht des Vorstandes erstattete Professor Schmedding. Derselbe hob hervor, daß das abgelassene Vereinsjahr ungewöhnlich reich an Mithen und Arbeiten gewesen sei, aber auch reich an Momenten zur Klärung der Realschulfrage. Die Thätigkeit des Vorstandes ist fast ausschließlich von der Agitation in Sachen der zu erlangenden Berechtigung der Realschulabituiranten zur Theilnahme am medicinischen Studium absorbiert worden. In dieser Frage hat der Vorstand alle Hebel in Bewegung gesetzt, um bei den maßgebenden Factoren den Ansichten der Freunde der Realschule zum Siege zu verhelfen, und der Referent hatte über eine lange Reihe von Vorstandssitzungen, Flugblättern, Petitionen und Abhandlungen in Fach- und politischen Blättern zu berichten, welche sämmtlich dieser Agitation gewidmet waren. Die Realschulfrage sei nunmehr vielfach geprüft in Commissionen aller Art, von Universitätsprofessoren, Architekten, Aerztevereinen etc., aber aus allen diesen Prüfungen und Untersuchungen habe sich noch nichts ergeben, was Zweifel über die Tüchtigkeit der Realschulen und über die Gesundheit der Realschulfrage aufkommen lassen könnte, und es sei daher Pflicht der Realschulmänner, auch weiterhin mit Energie und Zähigkeit den begonnenen Kampf um das einmal vorgezeichnete Ziel weiter zu führen. Im allgemeinen ist aus dem Bericht noch hervorzuheben, daß sich die Zahl der Zweigvereine um vier vermehrt hat, daß dagegen von ältern Zweigvereinen keiner eingegangen ist. Die Zahl der Mitglieder des Deutschen Realschulmännerversichts beträgt rund 2300, darunter auch viele Laien, namentlich Vertreter größerer Kommunen, Kaufleute, Industrielle etc. An den Generalbericht schlossen sich Berichte einzelner Delegirter über die Entwicklung der Realschulen in den Gebieten einzelner Kreisvereine sowie über den Fortgang der Realschulfrage im allgemeinen. So wies unter anderem Professor Dr. Strad darauf hin, daß nach den Ergebnissen der Statistik die Zahl derjenigen Realschulabituiranten, welche sich auf der Universität wissenschaftlichen Studien widmen, eine sehr beträchtliche ist, trotzdem ihnen bis jetzt nur die neuern Sprachen, Mathematik und Naturwissenschaften offen stehen. Nach den Ermittlungen des letzten Jahres sind von Realschulabituiranten nicht weniger als 45 Proc. zum Studium übergegangen. Mit einem längern Meinungsaustausch über die weitere Entwicklung und Ausbreitung des Vereins schloß die erste Sitzung.

In der zweiten Versammlung des Allgemeinen Deutschen Realschulmännerversichts suchten zuerst die Herren Director Spangenberg-Wiesbaden und Director Schulze-Harburg den Beweis zu führen, daß eine Erweiterung der Ziele des mathematischen Unterrichts an den Realschulen I. Ordnung wünschenswerth sei, so zwar, daß in dem Lehrplane der Prima die Differential- und Integralrechnung aufgenommen werde. Die Mehrzahl der Anwesenden war der Ueberzeugung, daß gerade jetzt, wo man eine Erweiterung der Berechtigungen erstrebe, jedes Reformiren an der Organisation der Realschule I. Ordnung zu vermeiden sei; außerdem biete die gegenwärtige Unterrichtsordnung den Lehrern der Mathematik genügend freien Spiel-

raum, um befähigtere Jahrgänge weiter zu führen. Doch wurde den Referenten für die gegebene Anregung Dank ausgesprochen. Von besonderm Interesse war der zweite Gegenstand der Tagesordnung, die Verhandlung über den Antrag des Zweigvereins Duisburg:

Die Versammlung wolle ihre Uebereinstimmung mit der von einer großen Zahl preussischer Realschuldirectoren an den Unterrichtsminister Dr. Falk gerichteten Vorstellung erklären und namentlich aussprechen: 1. a) Daß den Gutachten der ärztlichen Vereine bezüglich der Zulassung der Realschulabituiranten zum Studium der Medicin mehrfach mangelnde Kenntniß der Realschulen I. Ordnung zu Grunde liege; b) daß das Verlangen der meisten ärztlichen Vereine nach einer Einheitschule unausführbar sei; c) daß nach den zahlreichen Zeitungsberichten über die Begründung der Bots der ärztlichen Vereine und nach andern zuverlässigen Ermittlungen die Sorge vor einer Herabsetzung des Standes ein wesentliches Motiv für die ablehnenden Beschlüsse der ärztlichen Vereine gewesen sei; ferner II. daß auch die verammelten Delegirten es als höchst wünschenswerth bezeichnen: a) daß der Name „Realschule I. Ordnung“ in „Realgymnasium“ verwandelt werde; b) daß der Begriff des „Realgymnasiums“ durch Normativbestimmungen für das ganze Deutsche Reich festgestellt werde.

Der Antrag ward angenommen und die Versammlung darauf geschlossen.

— Die Weser-Zeitung bespricht den neuesten Gedanken des Reichsfinanzlers wegen Einführung einer sogenannten surtaxe d'entrepôt, d. h. einer Mehrbelastung der indirecten Waareneinfuhr, also einer Art von Navigationsacte für Deutschland. Sie sagt:

Die Begünstigung einer directen Einfuhr zu Gunsten der indirecten oder mit andern Worten, eine Begünstigung der deutschen Seehäfen durch Ablenkung des bislang über fremde Häfen gehenden Imports ausländischer, insbesondere außereuropäischer Erzeugnisse ist eine logische Consequenz der nationalen Wirtschaftspolitik. Wenn es vernünftig ist, den deutschen Consumtanten zu zwingen, seine Bedürfnisse vom deutschen Producenten befriedigen zu lassen, selbst wenn der auswärtige Producent das billiger oder besser vermag, so ist es auch vernünftig, zum Schutze des nationalen Seehandels den deutschen Consumtanten zu zwingen, nicht antinationaler Weise Waaren über fremde Häfen zu beziehen, selbst wenn diese letztere Bezugroute die wirtschaftlichere ist. Auch soll gar nicht bestritten werden, daß einige deutsche Seehandelsplätze wie z. B. Hamburg, Bremen und namentlich die Emshäfen einen großen Vortheil haben würden (die Schwierigkeiten der Ausfuhrung des fraglichen Gedankens einzuweisen als beiseite gelassen), wenn man ihre Concurrenten Antwerpen, Rotterdam etc. lahm legt; und eine surtaxe d'entrepôt von einiger Höhe wäre durchaus im Stande, diese Lähmung herbeizuführen. Die Hausstände müßten also eigentlich mit beiden Händen zugreifen, wenn sie die Wirtschaftspolitik wie einen Herringshandel betrachteten. Die Ironie des Schicksals will es zu gleicher Zeit, daß diejenigen, welche von der fraglichen Maßregel hauptsächlich getroffen würden, die feurigsten Vertheidiger des Schutzes der nationalen Arbeit sind. Gerade an beiden Ufern des Rheines und in Elsaß-Lothringen schwärmt man am meisten für Zollschutz, dort hat man auch bei der Vertheilung der Löwenhaut das größte Stück bekommen. Der Rheinländer, der sich bei Einführung der surtaxe d'entrepôt darüber beklagen würde, daß er von Rotterdam oder Antwerpen früher billiger sein Petroleum bezogen habe als von dem weiter gelegenen Bremen, dem würde man antworten, daß Bremen eine deutsche, Antwerpen aber eine fremde Stadt sei, daß die deutschen Handelsplätze denselben Anspruch auf Schutz hätten wie die Baumwollspinner oder die Eisenhütten des Rheinlandes, daß Bremen fernher an sich im Petroleumgeschäft weit leistungsfähiger sei wie irgendein sonstiger Platz in Europa, daß der Consumt von derartigen feinen Vertheuerungen außerdem gar nichts merke etc. Dem Spinner im Elsaß würde man ferner antworten, wenn er sich darüber beklagte, daß er seine Baumwolle nicht mehr über Havre beziehen könne, daß in Bremen jeden Augenblick so viel Baumwolle zu kaufen ist, wie er nur haben will, so viel surtaxe d'entrepôt ferner eine der schönsten französischen Einrichtungen ist, die gerade vom Elsaß befruchtigt in den Himmel gehoben und als Muster und Vorbild für Deutschland hingestellt werden. Bremen kämpft seit Jahren gegen die mancherlei Begünstigungen, welche den belgischen und holländischen Häfen von deutschen Eisenbahnen zu seinem Nachtheile gewährt werden. Dieser Kampf wird unermüdlich fortgesetzt werden, denn die wirtschaftliche Vernunft und die Gerechtigkeit sind dabei auf unserer Seite. Bremen ist auch naiv genug — wie sich die „Post“ vor kurzem ausdrückte — den Anspruch zu erheben, daß ihm seine mit eigenen Kräften mühsam erwungene Stellung als Weltmarkt für Tabak nicht durch eine unrationelle Gesetzgebung vernichtet werde. Aber mit der Versuchung der surtaxe d'entrepôt fängt man uns nicht.

— Zu §. 5 des Zolltarifgesetzes bemerkt die Neue Preussische Zeitung:

Gegen die Retorsion im Princip wird vielleicht nichts einzuwenden sein. Retorsionszölle haben besonders etwas Gutes, solange sie als gesetzliche Möglichkeit eine Wirksamkeit ausüben; ihre Anwendung ist aber immer eine zweischneidige Waffe und will mit großer Vorsicht gehandhabt werden.

Die Volks-Zeitung bemerkt darüber: Diese Bestimmung in einem Zollgesetze muß als eine geradezu ungeheuerliche bezeichnet werden. Die Erhöhung der Zölle auf das Dreifache ist hier nicht nur für den Fall vorgesehen, daß eine Nation unsere Erzeugnisse nicht mit denen anderer gleichstellt, sondern auch für den Fall, daß sie überhaupt für irgendeinen Artikel höhere Zölle erhebt als wir. Da nun alle Völker, mit welchen wir im Handelsverkehr stehen, irgendeinen Artikel höher besteuern als Deutschland, so würde es von dem Augenblicke an, in welchem der Reichstag diesen Artikel votirt, ganz in die Hand des Bundesrathes gelegt sein, jede Position des Zolltarifs gegen jedes beliebige Land auf den dreifachen Betrag zu erhöhen. So könnten wir den Getreidezoll gegen Rußland und Oesterreich auf das Dreifache erhöhen, weil beide

Staaten für eine Reihe von Artikeln höhere Zölle haben als Deutschland. Sogar das freihändlerische England, das auf keinerlei Industrieerzeugnisse einen Zoll erhebt, würde vermutlich nicht verschont werden, da es höhere Spiritus-, Wein- und Tabakzölle hat als die unserigen.

— In einer Entgegnung auf die jüngst auch von uns mitgetheilten Bemerkungen des Staatsrechtslehrers Bluntzschli über die wirtschaftliche Krise sagt die National-Zeitung:

Der Kampf der materiellen Interessen drängt im Augenblicke alles andere in den Hintergrund. Aber auch diese Zeit und dieses Motiv wird sich ausleben und dies um so schneller, je heftiger es austritt. Dann allerdings wird man genauer prüfen, was im Augenblicke einer großen Spannung gemacht worden ist und der Leitsaden, den heute Dr. Bluntzschli an die Hand gibt, wird, wie wir glauben, alsdann als ungenügend befunden werden. Auf diesen Gesichtspunkt, der die Verantwortlichkeit für die Zukunft mehr im Auge hat als das Drängen der Gegenwart, wird sich der Reichstag naturgemäß stellen müssen. Tritt er in eine specielle und sachliche Prüfung ein, hält jede Ansicht dabei ihre großen und allgemeinen Ziele im Auge, ohne sich allzu häufig in die Einzelheiten zu verbeiben, sucht man aufrichtig die möglichste Veröhnung der Interessen und läßt den hohen Rath der Nation nicht in einen Markt sich umwandeln, auf welchem mit Heißhufen und Bieten jedes Interesse seinen specielle Vortheil wahr, dann wird unter allen Umständen wenigstens das Ansehen des Parlamentarismus ohne neue Wunde aus der Prüfung hervorgehen, die ihm jetzt auferlegt ist. Eine wahre und wirkliche Staatsgefinnung kann unserm Ermessens die Stellung des Parlaments nicht von der Achtung vor den öffentlichen Gewalten überdaupt trennen. Die Beispiele, die jetzt gegeben werden, wirken allseitig und für alle Zukunft. Wir schlagen vor, auf dem Boden der Achtung gegen alle Einrichtungen des Reiches weiter zu arbeiten.

— Ueber die Abänderungen in den Zöllen, welche der neue Zolltarif mit sich bringt, gibt die Freihandels-Correspondenz folgende zusammenfassende Uebersicht:

Abgesehen vom Bergbau und einem Theil der Nahrungsmittelproduction sind so ziemlich alle Industrien mit höhern oder neuen Zöllen bedacht worden. In erster Linie steht die Textilindustrie in allen ihren Zweigen, Baumwolle, Leinen, Jute, Wolle und Seide; ihnen schließt sich mit sehr hohen Zöllen die Confection an. Für die Metallindustrie ist ebenfalls umfangreich gesorgt worden: Halb- und Ganzfabrikate aus Eisen, Blei, Kupfer, Zink und Zinn haben neuen Schutz erhalten. Von Rohmetallen ist allerdings nur das Kupfer ausgenommen worden, während die andern Rohmetalle leer ausgegangen sind. Weiter sind bedacht die Glasindustrie, vom grünen Hohlglas an, bei welchem Deutschland ungefähr zehnmal mehr aus- als einführt; die Holzindustrie, einschließlich Bütcherei und Tischlerei; die Maschinenindustrie, die Leder- und Lederwarenindustrie, die Fabrication von Kautschukwaren, von Kurzwaaren, von Lichten; die Delmüllerei, die Papierindustrie vom ungedruckten Holzstoff an bis zum Gold- und Silberpapier; Steine und Steinwaaren (auch Edelsteine, echte wie nachgemachte, sollen in Zukunft per 100 Kilogramm verzoollt werden), Thon- und Porzellanwaaren von der gemeinen Dientafel und der irdenen Pfeife bis zur goldbemalten Vase; endlich eine Reihe wichtiger chemischer Producte, denen in buntem Durcheinander Gelatine, Kitte, Leim, Ruß, Schuhwachs, Siegellack, Tinte, Wagenschmiere, Wasserlass und Bindwaaren mit dem Sage von 3 M. pro 100 Kilogramm beigelegt sind. Die landwirtschaftlichen Producte sind außer durch Getreide, Holz und Vieh noch vertreten durch eine Reihe von Sämereien (darunter Raps und Rübsaat), Loh, Hopfen, Butter (circa 10 Proc. vom Durchschnittswerte), frisches und zubereitetes Fleisch, darunter (circa 20 Proc. vom Durchschnittswerte), Honig, Käse (10—15 Proc.), getrocknetes Obst und Gemüse, Schmalz (circa 12 Proc.) und Eier von Geflügel. Die Industrie der Nahrungsmittel hat höhere, beziehentlich neue Zölle erhalten bei Bier, Branntwein, Essig, Confitüren, Chocobade, Mehl und andern Mühlenfabrikaten. Als mit Zollserhöhungen verthebte Finanzartikel sind zu nennen Wein, Gewürze, Kaffee, getrocknete Süßrüchte und Thee. Als neuer Zoll gehört hierher denn auch Petroleum.

— Ueber „den Bericht der Zolltarifcommission“ sagt dieselbe Correspondenz:

Der Bericht bemerkt, daß von einer Darlegung der in der Commission zum Ausdruck gekommenen volkswirtschaftlichen, handels- und zollpolitischen Erörterungen in einem Generalbericht Abstand genommen sei, weil eine solche eine genaue Feststellung der sich durchkreuzenden Ansichten erfordert und damit eine werthvolle Zeit in Anspruch genommen haben würde, ohne sachlich von entscheidender Bedeutung zu sein. Aber kann denn damit die Thatfache motivirt sein, daß die Commission auch von einer Darlegung der für die gefaßten Beschlüsse maßgebend gewordenen allgemeinen Anschauungen abgesehen hat? Auch die Kürze der Zeit kann dieses absolute Ausschweigen über die leitenden Gedanken nicht rechtfertigen. Das Fundament für die Revision, der ganze große Reformplan, welchen der Reichsfinanzler in seinem Schreiben vom 15. Dec. v. J. niedergelegt hat, ist in dem Bericht der Zolltarifcommission nicht mit Einem Worte erwähnt. Von der allgemeinen Eingangsabgabe ist nirgends die Rede. Die Motive zu den einzelnen Vorschlägen enthalten eine bunte Musterammlung von Gründen. Ueberwiegt bei einem Artikel die Einfuhr die Ausfuhr, so soll eine Abwehr gegen das fremde, die einheimische Arbeit schädigende Product am Plage sein; ist die Ausfuhr größer als die Einfuhr, so ist eine Zollserhöhung unbedenklich, weil ja die einheimische Production den Bedarf deckt. Einmal soll ein Zoll auf Oesterreich-Ungarn, dann einer in Frankreich oder in der Schweiz für uns ein Motiv sein, unsern Zoll ebenfalls zu erhöhen; hier ist der Werth eines Fabrikats, dort der Charakter eines Artikels als einer Luxuswaare, der eine Zollserhöhung rechtfertigen soll. Die Rücksicht auf den Consum oder die Production, welche des höher zu besteuern Artikels bedarf, findet sich nur in bescheidenem Maße hervorgehoben. Den interessantesten Theil des Berichtes bilden die einigen Hauptartikeln beigegebenen Minoritätsvoten, welche die von der Majorität gelieferten Motive einer scharfen Kritik unterwerfen. Auffällig ist der Mangel jeder Berechnung über die finanziellen Ergebnisse



der vorgeschlagenen Reform. Da der neue Tarif auch neue Zollsätze für sehr wichtige Finanzartikel enthält, da der Reichskanzler selbst den finanziellen Gesichtspunkt geradezu in die erste Linie gestellt hat, so hätte doch wenigstens der Versuch gemacht werden müssen, zu ermitteln, welche Mehreinnahme durch den jetzt vorliegenden Entwurf für das Reich beschafft werden kann. Schweigen über die Ziele, welche mit den beantragten Änderungen des Tarifs auf handelspolitischem Gebiet angestrebt werden, Schweigen über die Erhöhung der Steuerlast, welche dem deutschen Volke durch Erhöhung und Vermehrung der Zölle zugebracht ist, das ist das Facit der drei Seiten des allgemeinen Berichtes der Zolltarifcommission.

Die Armencommission in Lingen hat eine Eingabe an den Reichstag gerichtet, in welcher sie denselben bittet, „genügend Schutz zu gewähren gegen die Zunahme des übermäßigen Branntweingenußes und das daraus erwachsende Elend“. Zu diesem Zwecke empfiehlt sie: „1) den zum Genuße bestimmten Branntwein zu verteuern durch Erhöhung der Steuer mindestens bis zum Productionswerte des Branntweins, und das Salz von der Steuer entlasten; 2) die Branntweinforderungen klagfrei zu stellen.“ Der Verein zur Fürsorge für entlassene Sträflinge in Lingen hat sich den vorstehenden Anträgen in vollem Maße angeschlossen.

Preußen. Aus Berlin vom 10. April berichtet der Staats-Anzeiger: „Beide kaiserliche Majestäten empfangen heute mit den hier anwesenden Mitgliedern des königlichen Hauses nach einem Hausgottesdienste im königlichen Palais das heilige Abendmahl durch den Oberhofprediger Kögel.“

Auf die Beileidsadresse, welche Ihren Majestäten dem Kaiser und der Kaiserin aus Veranlassung des Hinscheidens des Prinzen Waldemar von den Communalbehörden Berlins überreicht worden, ist letztern folgende Erwiderung zugegangen:

Der herzlichsten Theilnahme sicher, welche wir infolge der unerwarteten Hinrichtung unsers geliebten Enkels, des Prinzen Waldemar von Preußen, bei der Bürgerschaft von Berlin gefunden, haben wir die Beileidsversicherungen in Ihrer Adresse vom 29. v. M. als eine dankenswerthe Erlösung in unserm Schmerze über das unglückliche Ereigniß empfunden. Der Rathschluß der göttlichen Vorsehung, von unserm königlichen Hause einen reichbegabten jungen Sproß in so jäher Weise zu trennen, lastet schwer auf uns; allein wir füllen uns ihm mit christlicher Ergebung. Im betrübten Gemüthe die Hoffnung nähend, daß des Höchsten Gnade uns vor gleich herben Erfahrungen schützen werde, vertrauen wir, daß unser Gebet durch Ihr frommes Gebeten in alter Treue weiter unterstützt werden.

Berlin, 6. April 1879.

An den Magistrat und die Stadtverordneten zu Berlin.

Der Minister des Innern hat eine Circularverfügung wegen strenger Ueberwachung und eventuellen Einschreitens gegen die sogenannten Tengel-Tengel erlassen. Es heißt darin:

Auf dem Gebiete der musikalischen und declamatorischen Vorträge in öffentlichen Localen seien vielfach Ordnung und Sittlichkeit verletzende Ausschreitungen hervorgetreten, welche je länger je mehr als eine Gefahr für das Volksleben erkannt werden müssen und Gegenstand des öffentlichen Aergernisses geworden seien. Es werde daher allen beteiligten Behörden dringend empfohlen, auf die Beseitigung jener Mißbräuche mit Entschiedenheit hinzuwirken. Es sei nicht die Absicht, musikalische und declamatorische Vorträge, soweit sie sich in den Grenzen des Anstandes halten, zu beschränken; dagegen fordere das öffentliche Interesse, denjenigen Vorträgen entgegenzutreten, welche in den sogenannten Tengel-Tengel-Wirtshäusern stattfinden. Diese sogenannten Tengel-Tengel gehöven an sich nicht zu den Schaupielunternehmungen, von welchen §. 32 der Gewerbeordnung handelt; ein großer Theil dieser Unternehmungen wird aber unter dem Schutz von erlangten Theaterconcessionen betrieben. Einer derartig mißbräuchlichen Benützung der Concession wäre zunächst durch strenge Anwendung der polizeilichen Vorschriften für Theater vorzubeugen. Wenn sich aber herausstelle, daß unter der Firma einer Theaterconcession eine Tengel-Tengel-Wirtshaus geführt wird, sei zu erwägen, ob dieselbe wegen unbefugten Gewerbebetriebes zu schließen sei. Auch komme in Erwägung, daß ein solcher Mißbrauch der Theaterconcession den Mangel der nach §. 32 der Gewerbeordnung vorgesehenen Zuverlässigkeit befundet und das Verfahren auf Concessionsentziehung rechtfertige. Unter allen Umständen müßten solche Wirtshäuser aber im öffentlichen Interesse für öffentliche Lustbarkeiten polizeilichen Beschränkungen unterworfen werden. Die Polizeibehörden wären berechtigt, solche Aufführungen einer strengen Controle zu unterziehen, sich bevorstehende Vorträge anzeigen oder vorlegen lassen und unsittliche Vorträge zu inhibiren. Dort, wo bestimmte polizeiliche Vorschriften nicht vorhanden sind, wären sie durch Polizeiverordnung zu erlassen.

Indem der Minister eine bezügliche Verordnung der Regierung zu Düsseldorf beifügt, weist er schließlich auf die Angemessenheit einer communalen Besteuerung der in Rede stehenden Lustbarkeiten hin, welche in einzelnen Provinzen in großem Umfange bestche und viel zur Beschränkung der Tengel-Tengel beigetragen habe.

Die „Tribüne“ berichtet aus Berlin vom 10. April: „Der durch seinen Excess gegen den Cultusminister bekannt gewordene Dr. Sträter ist, nachdem sämtliche über seinen Geisteszustand gehörte Sachverständige sich einhellig ausgesprochen, daß Sträter geisteskrank sei und daß sein Kranheitszustand seine Bewachung im öffentlichen Interesse notwendig mache, auf Veranlassung des hiesigen Polizeipräsidiums gestern nach der

Klitzmann'schen Privat-Irrenheilanstalt in der Schönhäuser Allee gebracht worden. Ein Polizeibeamter begab sich gestern Vormittag in die Wohnung des Dr. Sträter und eröffnete ihm, daß eine erneute Besprechung wegen seiner Ausschreitung gegen den Cultusminister mit ihm erwünscht sei, zu welchem Zwecke er ihn abhole. Sträter ging sofort mit dem Beamten und wurde von diesem so nach der Irrenanstalt gebracht. Die Ueberführung des Sträter nach der Irrenanstalt geschah insbesondere mit der Zustimmung seines Bruders, eines auswärtigen Fabrikanten, welcher sich erbot, die Kosten für die Pflege des Unglücklichen in der Anstalt zu tragen und auch selbst befandete, daß er schon seit langer Zeit den geistigen Zustand seines Bruders für krankhaft gehalten habe. Dr. Sträter lebt von seiner Frau getrennt und befindet sich wegen Verschwendens unter Vermögenscuratel. Von einer strafgerichtlichen Verfolgung gegen Sträter wegen seiner Ausschreitung gegen den Cultusminister ist unter diesen Umständen keine Rede, zumal der durch das Benehmen des Dr. Sträter verletzte Minister keinen Strafantrag gestellt hat. Die Hoffnung ist nicht ausgeschlossen, daß Dr. Sträter, welcher nach der von seinen Inquirenten und von den sonstig mit ihm in Verührung gelangten Personen ausgesprochenen Ueberzeugung ein hochgebildeter Mann ist, der, abgesehen von einigen fixen, häufig hervortretenden Ideen, ganz vernünftig mit seinen Nebenmenschen verkehrt, unter gleichmäßiger Pflege und ärztlicher Beobachtung recht bald wieder gesund wird.“

Dem frühern Abgeordneten Julius Faucher, einem der begabtesten freihändlerischen Schriftsteller und Volkredner, will seine Partei ein Grabdenkmal errichten. Zu diesem Ende sind außerhalb und innerhalb des Reichstages Sammlungen veranstaltet worden.

Thüringische Staaten. J Aus Thüringen, 10. April. In Jena feierte heute der Professor und Oberappellationsgerichtsrath Dr. H. Luden sein fünfzigjähriges Doctorjubiläum. — In Erfurt wird am 19. und 20. April eine Ausstellung lebender Fluß- und Juchtsfische, in den verschiedenen Stadien der Entwicklung, stattfinden. — In Koburg wird vom 1. Juli an zu Gunsten der Stadtkasse eine Hundsteuer von 15 M. für jeden Hund und eine Eingangsteuer von Wein und Branntwein eingeführt. — In Sondershausen hat der regierende Fürst am 3. April nach dem Schluß der öffentlichen Schulprüfungen sämtliche städtische Lehrer und auch noch eine Anzahl Lehrer vom Lande, im ganzen 70—80, zur Tafel geladen. Es ist dies auch früher schon geschehen; der Fürst bekundet damit ein sehr freundliches Interesse für die Volksschule und die Werthschätzung der Lehrer.

Baden. † Aus Baden, 5. April. Der Badische Beobachter, ultramontanes Hauptorgan unsers Landes, spricht sich heute auf Grund „authentischer Mittheilung aus Berlin“ über die Conferenz zwischen Bismarck und Windthorst folgendermaßen aus: „Von Kirchen- oder Wirtshauspolitik wurde kein Wort gesprochen. Die Unterredung drehte sich lediglich um ein der Königin Marie von Hannover nach hannoverschem Recht zustehendes Witwengeld. Wir haben keinen Grund, mit dieser sehr zuverlässigen Mittheilung zurückzuhalten; im Gegentheil wird sie geeignet sein, Illusionen nach den verschiedensten Richtungen zu verhindern.“ Nach einem Seitenhieb auf die Liberalen, „welche mit Hartnäckigkeit den kirchlichen Frieden als das Resultat des Schachers betrachten“, erklärt das Blatt weiter: „Das Centrum wird weder die bürgerlichen Rechte noch die Freiheiten des deutschen Volkes verrathen, noch wird es den kirchlichen Frieden auf Kosten des materiellen Wohles des Volkes erschachern.“ Das ist die stolze Sprache einer Partei, welche die Ueberzeugung hat, daß man ihren Forderungen ohne Zugeständnisse ihrerseits noch gerecht werden muß. Diese hochmüthige Zuversicht auf das bedingungslose Nachgeben des Staates gründet sich wol auf die Ueberzeugung, daß die Regierung durch die sittlichen und moralischen Folgen des großen Priestermangels schließlich genöthigt sein werde, um Pardon zu bitten. Wir leben aber denn doch nicht mehr in der Zeiten Heinrich's IV., und überdies sind die angeblichen Schäden des Priestermangels bis jetzt gar nicht fühlbar geworden, ja die Probe hat überall, wo sie angewendet wurde, bewiesen, daß das Volk ohne Priester durchaus nicht schlimmer geworden ist. — Eine große Klüßigkeit entwickelt die conservative Partei unsers Landes. In allen Hauptorten werden am Ostermontag conservative Versammlungen stattfinden, die conservativen Parteiblätter werden bis in die entferntesten Dörfer versendet, und leider finden wir Geistliche und Lehrer, die noch bis vor kurzer Zeit ins liberale Horn geblasen haben, im Dienst dieser Partei zur Bearbeitung der Massen. Es muß bedauert werden, daß man angesichts dieser mit Wucht ins Leben gerufenen Agitation gar nichts vernimmt von irgendwelcher Veranstaltung zur Erhaltung und Belebung des liberalen Sinnes im Volke.

**Oesterreich-Ungarn.**

Die „Presse“ berichtet aus Wien vom 10. April: „Die telegraphisch gemeldete Mittheilung der Agence russse, die ein vollständiges Scheitern der gemischten Occupation Dstrumeliens ankündigt, scheint nicht weniger als genau zu sein. Londoner Blätter bringen ein Telegramm ähnlichen Inhalts, das aber in manchen Punkten anders lautet. Dort heißt es: „Die Agence russse, auf die Gerüchte, daß die gemischte Occupation aufgegeben sei, Bezug nehmend, sagt, daß die Cabinet fortfahren, Mittel und Wege zu discutiren, um entweder den gegenwärtigen Plan zu fördern oder ihn durch einen andern zu ersetzen. Die Cabinet erwägen ferner die nothwendigen Grantien zur Sicherung der Rechte der beteiligten Parteien im Geiste des Berliner Vertrages.“

Gegenüber den noch ausstehenden Beschlüssen Englands und Frankreichs wegen des jüngsten ägyptischen Staatsstreiches bemerkt die Neue Freie Presse: „Unterdessen freut sich Ismail-Pascha seines gelungenen Streiches, nützt sein Souveränitätsrecht zum Ruin des armen Landes aus und gibt sich noch den Anschein, als forge er besser für die Zahlung der Zinsen, als es die fremden Minister vermochten. Darin liegt allerdings Humor, aber wir wünschten, daß er dem Vizekönige bald ausgetrieben würde. Liebe seine verdiente Rächung aus, so würde nicht nur das mählsam errungene Ergebnis jahrelanger Verhandlungen — die englisch-französische Controle der ägyptischen Finanzen — vollständig vernichtet sein, sondern auch der Einfluß Englands im ganzen Orient große Einbuße erleiden. Die englische Regierung wird wol auch diese Seite der Frage bedenken, ehe sie einen entscheidenden Entschluß faßt.“

**Italien.**

Aus Rom vom 9. April wird berichtet: „Die Fanfolla versichert, erklärte Depretis dem österreichischen und dem türkischen Botschafter, daß die Regierung jeden Versuch, die guten Beziehungen Italiens zu Oesterreich und der Pforte zu trüben, vereiteln werde.“

**Frankreich.**

\* Paris, 10. April. Die République française schreibt: „Jedwede persönliche Bemerkung über den Khevide ist wol überflüssig. Den Mann kannte man schon seit lange; seit gestern weiß man weßen er fähig ist. Er hat sich gewaltthätig dem offenbaren Willen der beiden Länder widersetzt, deren nationale und Privatinteressen am meisten in die ägyptische Frage verwickelt sind. Es ist dies eine Affaire von der höchsten Bedeutung, deren Einzelheiten alle genau untersucht werden müssen, und worüber Frankreich und England unverzüglich Maßregeln ergreifen müssen. Es ist nicht möglich, sich über die Absichten und die Haltung des Khevide zu täuschen; in der Darstellung eines Programms in Gegenwart der fremden Consuln hat er sich einen Schein von Geseßlichkeit geben wollen; er wird vermuthlich versuchen, die Sachen in die Länge zu ziehen, mit Hilfe der Mittel, die er bisher gewöhnlich angewandt hat, und einen Antagonismus hervorzurufen zwischen der Consularvertretung und der Verwaltung, deren Chefs die Herren Wilson und Bignères sind oder vielmehr gewesen sind. Lassen wir jedoch all diese Kriegsgelüste die keinen Erfolg haben können. Was außer Zweifel liegt ist, daß Ismail-Pascha sein Vizekönigthum auf eine letzte Karte gespielt hat, und daß, wie man die Sache auch betrachten mag, er sich der Gefahr aussetzt, über kurzem zu fallen.“

Der Temps sagt, die aus London kommende Nachricht, Dr. Bourke wäre nach Paris gereist, um mit Hrn. Waddington betreffs einer Vermittelung zwischen Frankreich und England zu gemeinschaftlichen Schritten in der ägyptischen Frage zu conferiren, sei eine falsche. Hr. Bourke ist wol in Paris angekommen, ist aber vom englischen Cabinet mit keiner Mission betraut worden. Alles was England und Frankreich bei den ägyptischen Angelegenheiten interessiert, wird direct zwischen dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten und dem englischen Botschafter verhandelt. Lord Lyons hatte schon Unterredungen mit Hrn. Waddington und neue Conferenzen werden stattfinden, aber erst im Ministerrathe, der Sonnabend im Elysee gehalten werden wird, soll sich das Ministerium mit der ägyptischen Frage beschäftigen. „Man begreift“, schreibt der Temps, „daß die Beschlüsse der Regierung schon der wichtigen Folgen wegen, die sie haben können, nur nach reiflicher Ueberlegung und dann gefaßt werden können, wenn England und Frankreich endgültig über die Bedingungen ihrer gemeinschaftlichen Action einig sind. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten erhielt heute morgen von unserm Generalconsul in Kegypten den detaillirten Bericht der Vorfälle. Es ist ungenau, daß sich die ausländischen Consuln officiell zu Gunsten des Finanzplanes des Khevide ausgesprochen, aber es scheint, daß sich die europäische Colonie im allgemeinen diesem Plane günstig zeigt.“

Die Regierung hat die gerichtliche Verfolgung

erzählter Ra...  
ende Predigt...  
Der R...  
vom 10. Apr...  
mit ungleich...  
bei Conflicten...  
Rebendubler...  
Fall zu sein...  
die ägyptische...  
nicht an der...  
scheidenden...  
zu vertagen...  
Der wien...  
Paris telegra...  
London und...  
England gege...  
illen und Ue...  
Kegyptens all...  
— Aus: P...  
Ragdeburgisd...  
von Besinet...  
gegen die...  
seiner Verhaft...  
28. April vo...  
scheinen. Au...  
Berjailles wir...  
ren stattfinden...  
heit um so p...  
rer Maret ei...  
Kom ad limi...  
men hatte, ob...  
dem sittenlos...  
Ergebnisse de...  
sen geradezu...  
eine vielfährig...  
talen Partei...  
begreiflicherwe...  
kreifen schon...  
fähigkeit des...  
Kunstgriff dür...  
nicht versange...



10. April: ... er Agence ... mischten ... er bringen ... in man ... : „Die ... gemischte ... sagt, daß ... zu discun ... zu f... Die Ca ... antien im ... Beschließen ... en ägypt ... e Freie ... ha seines ... etätbrecht ... sich noch ... lung der ... . Darin ... , daß er ... liebe seine ... nur das ... handlung ... ägypti ... sondern ... ent große ... wird wol ... sie einen ... : „Wie ... reichlichen ... eben ... Dester ... werde.“

mehrere Kanzelredner angeordnet, welche aufreie-  
nde Predigten hielten.

Der Kölnischen Zeitung schreibt man aus Paris vom 10. April: „Die ägyptische Frage wird hier mit ungleich mehr Gemüthsruhe behandelt, als es sonst bei Conflicten, in denen das Geld mitspielt und die Nebenbuhlerschaft mit England aufgeschwärtelt wird, der Fall zu sein pflegt. Frankreich wird mitwirken, um die ägyptische Frage, deren gründliche Lösung noch nicht an der Zeit ist, zu verkleinern und einen entscheidenden Schritt, wie eine Absetzung des Khedive, zu vertagen suchen.“

Der wiener „Presse“ wird unterm 8. April aus Paris telegraphirt: „Es heißt hier, es sei zwischen London und Paris ein Einverständnis im Zuge, daß England gegen Entschädigung Frankreichs in den Anstalten und Ueberlieferung von Tunis die Occupation Aegyptens allein vollziehe.“

Aus Paris vom 9. April schreibt man der Magdeburgischen Zeitung: „Der Pfarrer Maret von Bésinet wird unter der Anklage schwerer Verbrechen gegen die Sittlichkeit, die schon bei Gelegenheit seiner Verhaftung näher charakterisirt worden sind, am 28. April vor den Geschworenen von Versailles erscheinen. Auf die dringenden Bitten des Bischofs von Versailles wird die Verhandlung bei geschlossenen Thüren stattfinden. Dieser Prälat ist von der Angelegenheit um so peinlicher berührt, als er selbst den Pfarrer Maret eifrig protegirt und bei seiner Reise nach Rom ad limina apostolorum als Begleiter mitgenommen hatte, obgleich er schon von mehreren Seiten vor dem sittenlosen Priester gewarnt worden war. Die Ergebnisse der Untersuchung gegen Maret sind für diesen geradezu vernichtend und werden ihm unzweifelhaft eine vielfährige Zuchthausstrafe zuziehen. Der klerikalen Partei kommt die Sache in diesem Augenblicke begreiflicherweise doppelt störend, auch wird in diesen Kreisen schon der Versuch gemacht, die Zurechnungsfähigkeit des Abbé Maret in Frage zu stellen. Dieser Kunstgriff dürfte aber bei den heutigen Geschworenen nicht verfangen.“

**Großbritannien.**

London, 9. April. Eine südafrikanische Zeitung, der Natal Witnes, veröffentlicht den Wortlaut des Bundesbundes, den eine große Zahl angesehener Transvaal-Boers bei deren Versammlung in Vonderfontein beschworen. Er lautet in der Uebersetzung: In der Gegenwart des allmächtigen Gottes, des Ergründers der Herzen, dessen gnädigen Beistand wir erstehen, haben wir, Bürger der südafrikanischen Republik feierlich beschworen, für uns und unsere Kinder, zu einem heiligen Bunde uns zu einen, den wir mit einem feierlichen Eide bekräftigen. Es ist jetzt 40 Jahre her, daß unsere Väter die Capcolonie verließen, um ein freies und unabhängiges Volk zu werden. Wir haben Natal gegründet, den Orange-Freistaat und die südafrikanische Republik und dreimal hat die englische Regierung unsere Freiheit unter die Füße getreten. Unsere Flagge, getauft mit dem Blute und den Thränen unserer Väter, ist niedergetreten worden. Diese 40 Jahre waren 40 Jahre der Sorge und des Leidens. Wie durch einen Dieb in der Nacht ist unsere freie Republik uns gestohlen worden. Wir können und wollen dies nicht dulden. Es ist der Wille Gottes, daß die Einigkeit unserer Väter und die Liebe zu unsern Kindern uns verpflichtete, unsern Kindern unbesiegt das Erbe unserer Väter zu überliefern. Aus diesem Grunde vereinigen wir uns hier und geben einander die Hände als Männer und Brüder, feierlich versprechend, unserm Lande und Volke treu zu bleiben und, auf Gott blickend, bis in den Tod zusammenzuwirken für die Wiederherstellung unserer Republik. So wahr uns der allmächtige Gott helfe.

Diese in ihrer Einfachheit und ihrem Gottvertrauen erhabene Kundgebung der Vaterlandsliebe zeigt, daß die Transvaal-Boers würdige Entel des freiheitsmüthigsten Volkes der Erde sind, jener Niederländer, die lieber Bettler als Sklaven, „lieber Türk als Pfaff“ sein wollten und denen, einem kleinen Volke, ihre Vaterlands- und Freiheitsliebe solche Kraft verlieh, daß sie mit dem Besen am Mast die englischen Flotten aus deren eigenen Gewässern fegen konnten.

Wenn der Khedive wiederum mit einem blauen Auge davonkommen sollte, so hat er es sicher nicht der Weisheit seiner Handlungen zuzuschreiben. In England macht sich indeß wenig Neigung geltend, gemeinschaftlich mit Frankreich in Aegypten zu interveniren. England hat aber die Hände schon allzu voll. Die Blätter, welche der Regierungspolitik am nächsten stehen, lassen es sich möglichst angelegen sein, jedwede Interventionslust zu beschwichtigen. Die Times z. B. hatte gestern den Satz aufgestellt, daß „kein politisches Actenstück vorhanden, das in Schwarz auf Weiß beweist, daß der Khedive sich eine Machtvollkommenheit angemaßt hat, zu der ihm kein Recht zusteht“.

**Belgien.**

Aus Brüssel vom 9. April wird der Kölnischen Zeitung geschrieben: „Die Grundsätze der liberalen Staatsleitung in der Schulfrage sind für Belgien ganz dieselben, die in der Gesetzgebung anderer Länder, wie Hollands, Nordamerikas, Irlands etc., bereits fast durchgeführt sind. Aber auch das Anstürmen des kleri-

kalen Jornes gegen das vom Staate gegründete Volkwerk Schule ist überall dasselbe. Heute zeigt die Indépendance belge, wie es damit in der Schweiz steht, deren Verfassung vom 29. Mai 1874, Art. 27, bestimmt: „Die öffentlichen Schulen müssen von den Angehörigen aller Confessionen besucht werden können, ohne daß diese in irgendeiner Weise an ihrer Gewissens- oder Glaubensfreiheit zu leiden haben.“ Im Canton Neuchâtel, wo Protestanten, Katholiken, Israeliten und Freidenker in bester Eintracht durcheinanderleben, sind die Elementarschulen wirklich musterhaft. Aber solche Muster sind nicht nach dem Geschmack der Klerikalen, die wieder gewaltiges Oberwasser in ihre klappernden Mählräder bekommen haben durch die vom Papste jüngst über die protestantischen Schulen in Rom ausgeschüttete Verdammniß. Die Schule muß die Magd der römisch-katholischen Kirche sein, wer das bestreitet, anathema sit! In der bischöflichen Schule zu Grammont (Seertsbergen) in Ostflandern werden den Böglingen Spottlieder gegen das liberale Ministerium eingelehrt; ein Professor hat sie „eigenhändig“ in vlämischer Sprache „gedichtet“; die frühern klerikalen Minister Delcour, de Lantshere und Cornesse spielen darin ihre Rolle, z. B.: „Paßt auf! Delcour sitzt auf der Lauer, um die Ministerschöpfe von euern Fracks abzuschneiden“, oder: „Paßt auf! Lantshere nimmt sein Gewehr und schießt euere Beine in Stücke; lauf, Para, lauf nach den Krüden!“, oder: „Cornesse kommt mit seinem Messer und wird euch das Fell abziehen!“ Mit solchen Possen beschäftigt ein „religiöses Pensionat“ die heranwachsende Jugend.“

**Rußland.**

Der Schlesienschen Zeitung schreibt man aus Petersburg vom 8. April: „Es machen beunruhigende Gerüchte über in der Luft liegende Attentate die Runde durch die Stadt. General Surow (der Nachfolger Trepon's) und Generaladjutant Drenteln haben neue Drohbriefe erhalten, das Revolutionscomité theilte ihnen mit, sie würden demnächst beide fallen, trotz des nicht geglückten Attentats. Man munkelt von Drfnitomben, Höllenmaschinen etc. und ist von Tag zu Tag gespannt, von einem neuen Verbrechen in den Zeitungen zu lesen oder auf der Straße zu vernehmen. — In neuester Zeit liefen wiederholt Klagen wider die russische Postverwaltung ein und man muß in der That dem auswärtigen Publikum in seinem eigenen Interesse dringend rathen, mit der russischen Post vorsichtig umzugehen. Wir sind in den letzten 14 Tagen allein drei Privatbriefe abhanden gekommen.“

**Türkei.**

Ueber die Verwirrung, welche durch den Entschluß der Regierung, das Papiergeld fortan von der Annahme an den Staatskassen auszuschließen, namentlich in den Provinzialstädten entstanden ist, davon gibt eine Correspondenz aus Trapezunt ein lebendiges Bild. „Seit einer Woche“, heißt es dort, „herrscht hier auf dem Geldgebiete eine unbeschreibliche Panique. Bald steht das Kaimé auf 500 Pfastern, bald fällt es bis zu 1200, stellenweise sogar wurden für die Goldlira bis zu 2000 Papierpaster bezahlt. Die meisten Läden sind geschlossen, die Geldwechsler haben ihre Buden verlassen, die Bäcker ihre Arbeit eingestellt. Tausende von verzweifelten Menschen durchheilen die Straßen, suchten vergeblich das in ihrem Besitz befindliche Papiergeld in klingende Münze umzuwechseln und sammeln sich schließlich vor dem Konak, um Nachricht darüber einzuziehen, ob das Kaimé denn wirklich ganz werthlos geworden sei. Aber die amtlichen Depeschen von Konstantinopel gaben keinerlei bestimmte Auskunft und so führte die allgemeine Angst dazu, daß schließlich alle Geschäfte aufhörten und die Stadt das Bild einer belagerten Festung darbot. Unterdessen haben Privatnachrichten aus Konstantinopel uns mitgeteilt, daß das Papiergeld dort zwischen 900 und 1000 Pfastern schwankt und nach dem Willen der Regierung noch immer als Zahlungsmittel gelten soll. Diese Mittheilungen haben indessen nicht vermocht, das erschütterte Vertrauen wiederherzustellen; die Händler verzweifeln in Uebereinstimmung mit der Annahme des Kaimé und die Bevölkerung versucht vergeblich, sich Kupfer- oder Silbergeld zu verschaffen. Es gibt aber seit der Ausgabe des Papiergeldes fast gar keine klingende Münze mehr in Trapezunt, wodurch, da das in allen Händen befindliche Papiergeld nicht mehr angenommen wird, ein unbeschreiblicher Nothstand entstanden ist. Klingende Münze hat niemand im Besitz, und so werden die nothwendigsten Geschäfte auf Credit abgeschlossen. Ein Hauptübelstand unter den gegenwärtigen Verhältnissen ist die Theuerung aller Lebensbedürfnisse, besonders des Brotes, von welchem die Olla in diesen Tagen der Verwirrung stellenweise bis zu 20 Pfastern kostete. Augenblicklich ist der Preis für die Olla Brot amtlich auf 14 Pfaster festgesetzt worden, ein für die ärmern Klassen unserer Bevölkerung geradezu unerschwingbarer Preis. Die Regierung hat sich in den verflorenen Tagen nichts weniger als auf der Höhe der Lage ge-

zeigt. Der Pascha und die Beamten, weit entfernt, das Volk zu beruhigen, hatten selbst den Kopf verloren und wußten nicht mehr, was geschehen sollte.“

**Aegypten.**

Eine Depesche der Times aus Alexandria vom 8. April will wissen, daß es sich in Aegypten um einen, wie man sagt, mit Zustimmung der Türkei kundgegebenen Widerstand der Aegypter gegen europäischen Einfluß überhaupt handle.

**Amerika.**

Dem Kapitän Schwensen, der bei dem Untergange des von ihm geführten Dampfers Pommerania sein Schiff bis zum letzten Augenblick nicht verließ, hat der Stadtrath von Neuyork in Anerkennung „seines Muthes und seiner Treue“ einen hohen Beweis von Achtung gegeben. Nachdem Kapitän Schwensen mit dem Dampfer Silesia, dessen Führung ihm anvertraut war, in Neuyork angekommen war, fanden am 17. April die für ihn in Aussicht genommenen Ovationen im Gouverneurzimmer der City Hall statt. Es betheiligten sich an dem officiellen Empfange sowol der Mayor wie der Stadtrath von Neuyork, die ihm im Beisein zahlreicher Vertreter aus allen Klassen der Bevölkerung eine Adresse überreichten.

**Königreich Sachsen.**

\* Leipzig, 11. April. Die gefellige Vereinigung, welche in dieser Woche der Volkverein abhielt und welche sehr gut besucht war, brachte eine Fortsetzung des Vortrages des Professors Dr. Delitsch über die Bevölkerungs- und Culturzustände Nordamerikas. Diesmal waren es theils die Ureinwohner jener Landgebiete, die Indianer, mit denen, beziehentlich deren schwachen Resten, der Vortragende sich beschäftigte, theils die gewaltsam importirten, durch den Secessionkrieg aber frei gewordenen Neger und massenweise von Asien herüber einwandernden Chinesen. In nächster Zeit ist, wie wir hören, einem Vortrage über eine sehr wichtige Zeitfrage und von einem sehr competenten Bearbeiter solcher Fragen entgegenzusehen, nämlich über Arbeiterinvalidenkassen von Professor Deqm. Neben diesen größern Vorträgen sind den Mitgliedern des Volkvereins neuerdings an den Dienstagabenden kürzere belehrende Mittheilungen geboten worden erst über geschichtliche Themata von dem Oberlehrer v. Drause, dann über physikalische vom Physiker Patti.

\* Leipzig, 12. April. Für die Nothleidenden im Speffart ist hier bis jetzt die Summe von 8761 M. gesammelt worden. Da nach eingelaufenen Mittheilungen von dort die Noth viel größer ist, als es anfänglich schien, ist die Hoffnung gerechtfertigt, daß die fortgesetzten Sammlungen recht reichen Ertrag bringen.

**Personalnachrichten.**

Dr. Wilhelm Eduard Drugulin zu Leipzig ist seiner Function als ständiges Mitglied der literarischen Abtheilung des nach dem Reichsgesetze vom 11. Juni 1870 für das Königreich Sachsen gebildeten Sachverständigenvereins auf sein Ansuchen entbunden und das hierdurch zur Erledigung gekommene Amt dem Buchhändler Karl Eduard Wilhelm Adolf Kefelschöfer zu Leipzig, die von diesem bisher bekleidete Function eines stellvertretenden Mitgliedes der genannten Vereinsabtheilung aber dem Buchhändler Georg Heinrich Salomon Hirzel zu Leipzig übertragen worden.

**Ordensverleihungen.**

Oesterreich. Franz-Joseph-Orden, Comthurkreuz: der Professor Dr. Karl Binding in Leipzig.

**Handel und Industrie.**

-1. Leipzig, 10. April. In Betreff des Postverkehrs nach Südfrankreich, Spanien etc. ist der Postbestimmer vom kaiserlichen Generalpostamt folgende dankenswerthe Mittheilung zugegangen: „Die Correspondenz aus Norddeutschland nach Südfrankreich, Spanien, Portugal etc. und nach denjenigen überseeischen Ländern, für welche Bordeaux und Lissabon die Einschiffungshäfen bilden, erleidet gegenwärtig, insofern die Absendung mit dem berlin-pariser Nachtkurierzuge (aus Berlin 10 Uhr abends) zur Absendung gelangt, eine erhebliche Verzögerung durch nächtliches Stilllager in Paris. Der genannte Zug kommt nämlich in Paris um 9 Uhr 5 Min. abends auf dem Nordbahnhof an, nachdem der Postzug nach Bordeaux bereits um 8 Uhr 15 Min. abends den Orleansbahnhof verlassen hat; die Weiterbeförderung der Post nach Bordeaux findet von Paris erst am nächsten Morgen um 8 Uhr 45 Min. statt. Durch Verhandlungen mit den betheiligten Regierungen, Eisenbahngesellschaften und Postverwaltungen ist es neuerdings gelungen, diesen Uebelstand zu beseitigen. Vom 15. Mai ab wird der um 10 Uhr abends aus Berlin abgehende Kurierzug in Paris am nächsten Tage bereits um 7 Uhr 40 Min. eintreffen und somit noch den Anschluß an den künftigen um 8 Uhr 20 Min. abends abgehenden Postzug nach Bordeaux erreichen. Infolge dieser Änderungen werden Briefsendungen aus Leipzig nach den genannten Ländern beziehentlich Landbestellen, welche zur Zeit um 10 Uhr 40 Min. vormittags abgehandelt werden müssen, um in Paris am nächsten Tage den Anschluß an den Postzug nach Bordeaux beziehentlich Madrid zu erreichen, künftighin zur Erreichung desselben Anschlusses noch um 8 Uhr 45 Min. abends, also 10 Stunden später als gegenwärtig, von Leipzig abgehandelt werden können.“



Leipziger Börse.

12. April.

Wechsel.

Table of exchange rates for various locations including Amsterdam, London, Paris, and Petersburg.

Deutsche Fonds.

Table of German bonds and securities, including Deutsche R.-Anl. 1877, K.S. Rentenanl., and various bank and industrial securities.

Bank-Disconto.

Table of bank discount rates for Amsterdam, Paris, and London.

Sorten.

Table of various types of securities and bonds, including Vollwicht. Preuss. Friedr. d. R., Kaiserliche Ducaten, and others.

Eisenb.-Stamm-Act.

Table of railway stock prices for various companies like Altenburg-Zeitz, Ausgig-Teplitz, and Bergisch-Märkische.

Table of railway stocks (Eisenbahn-St.-Pr.-Actien) including Altenburg-Zeitz, Chemnitz-Wünschitz, and others.

Table of bank and credit stocks (Bank-u. Credit-Actien) including Allg. D. Cr.-A., Berl.-Disc.-Ges., and others.

Table of industrial and priority stocks (Industrie-Act. Prioritäten u. Stamm-Prior.) including Chemn.-A.-Spinnerei, Zimmermann, and others.

Table of foreign funds (Ausländische Fonds) including Oesterr. Goldrente, Silberrente, and various international securities.

Table of inland railway priority bonds (Inl. Eisenb.-Prior.-Obl.) including Altenburg-Zeitz, Altona-Kieler, and others.

Table of foreign railway priority bonds (Ausl. Eisenb.-Prior.-Obl.) including Aussig-Teplitzer, Böhm. Nordbahn, and others.

Table of coal stocks (Kohlen-Act. u. Prior.) including Friedensgrube, Marienegrube, and others.

Die Vaterländische Lebensversicherungsgesellschaft zu Eberfeld wird am 28. April ihre ordentliche Generalversammlung abhalten.

Stand der Kapitalversicherungen um 484 Versicherungen mit 2,321,439 M. Kapital gewachsen.

Einnahmen einen Ueberschuss von 90293 M. 38 Pf. Der Generalversammlung wird die Dotierung der Kapitalreserve mit 10166 M. 98 Pf. und die Vertheilung einer Dividende an die Actionäre von 24 M. pro Actie in Vorschlag gebracht.

Vertical text on the right edge of the page, including various notices and advertisements.







**3. Prioritäts-Obligationen Lit. C. à 100 Thlr. = 300 M**  
 (aus 1872.) Nr. 290, 524, 1211, 1379, 5410. (aus 1873.) Nr. 4213, 9550.  
 (aus 1874.) Nr. 180, 2131, 2660, 2685, 8027. (aus 1875.) Nr.  
 990, 1955, 3974, 5822, 6634, 6788, 7321, 8211, 8488. (aus  
 1876.) Nr. 566, 1112, 1986, 1999, 3012, 3574, 4771, 5812, 6548.  
 7455, 7601, 7725, 8205, 9531. (aus 1877.) Nr. 791, 995, 1859, 1881.  
 3706, 3740, 4969, 6069, 6229, 6238, 6470, 6975, 9436, 9858. (aus  
 1878.) Nr. 600, 1122, 2087, 2417, 3340, 3527, 3537, 4340, 4807.  
 5285, 5392, 5660, 5733, 6810, 6935, 7672, 7726, 7776, 7802, 9488,  
 9574, 9758, 9860.

**4. Prioritäts-Obligationen Lit. D.**  
 à 1000 Thlr. = 3000 M (aus 1876.) Nr. 74. (aus 1877.) Nr. 494. (aus  
 1878.) Nr. 9, 346, 363, 1621.  
 à 500 Thlr. = 1500 M (aus 1872.) Nr. 3055, 5680. (aus 1873.) Nr. 3835,  
 4107. (aus 1874.) Nr. 4588. (aus 1875.) Nr. 5996,  
 6842. (aus 1876.) Nr. 2529, 3255, 3278, 3765, 4471,  
 5657. (aus 1877.) Nr. 2298, 2438, 2673, 4419, 6584,  
 6759. (aus 1878.) Nr. 2619, 3050, 3773, 4540, 4755,  
 5118, 5231, 6006.

à 100 Thlr. = 300 M (aus 1872.) Nr. 8996, 9475, 12094, 15898, 16507,  
 19357, 21328, 22778, 23090, 23973. (aus 1873.) Nr.  
 7520, 8788, 9757, 16366, 16397, 17142, 18311, 25692.  
 (aus 1874.) Nr. 7054, 7583, 7810, 9891, 9976, 10476,  
 10639, 14763, 16281, 19286, 19409, 20940, 21909, 22519,  
 23020, 23417, 23656, 25156, 25682. (aus 1875.) Nr. 7681,  
 9275, 11187, 12089, 12357, 12577, 13964, 14366, 15248,  
 15616, 16300, 18705, 19505, 19752, 19813, 20195, 20517,  
 21175, 21502, 23803, 25158. (aus 1876.) Nr. 7525, 7886,  
 8284, 9158, 9745, 12470, 13106, 13487, 14222, 14251,  
 15158, 15454, 15610, 15684, 16658, 17610, 17652, 18664,  
 18821, 18996, 20049, 20918, 23230, 24421, 24798, 25193,  
 25558, 25892, 26331. (aus 1877.) Nr. 11008, 11423,  
 12013, 13810, 14553, 14846, 15078, 16006, 16161, 16320,  
 17163, 17642, 18407, 18503, 18531, 18736, 18900, 19264,  
 20383, 20768, 20923, 20939, 22772, 22808, 22895, 23084,  
 23636, 24204, 24225, 25015, 25172, 25350, 26961. (aus  
 1878.) Nr. 7438, 8091, 8872, 8909, 8954, 9396, 9349,  
 10011, 10669, 11199, 12093, 12451, 13207, 13372, 15331,  
 16864, 17666, 18114, 18163, 18302, 18389, 19467, 19615,  
 19825, 20202, 20457, 20550, 21323, 21324, 21329, 21544,  
 22146, 22806, 22826, 23070, 23185, 23-85, 24056, 24722,  
 25016, 25071, 25311.

**B. Wilhelmshahn.**

**1. Prioritäts-Obligationen I. Emission I. Serie à 100 Thlr. = 300 M**  
 (aus 1875.) Nr. 330, 2599. (aus 1876.) Nr. 1843. (aus 1877.) Nr. 1483.  
 (aus 1878.) Nr. 342, 2037, 2049, 3076, 3374.

**2. Prioritäts-Obligationen I. Emission II. Serie à 50 Thlr. = 150 M**  
 (aus 1873.) Nr. 2487. (aus 1876.) Nr. 84, 1747, 1904. (aus 1877.) Nr. 802,  
 2104. (aus 1878.) Nr. 480, 853.

**3. Prioritäts-Obligationen II. Emission à 100 Thlr. = 300 M**  
 (aus 1874.) Nr. 20033. (aus 1875.) Nr. 5426, 8053, 8976, 8978. (aus 1876.)  
 Nr. 473, 9010, 13502, 15143, 15146. (aus 1877.) Nr.  
 1975, 1984, 7260, 7630, 10669, 19609. (aus 1878.) Nr.  
 2038, 3527, 6227, 9341, 9943, 10094, 10227, 10846, 19751.

Die Inhaber derselben werden hierdurch zur Erhebung der Saluta gegen Ablieferung  
 der Prioritäts-Aktien und Obligationen nebst Zinscoupons wiederholt aufgefordert.  
 Zugleich bringen wir in Erinnerung, daß sämtliche Obligationen

der **Wilhelmshahn III. und IV. Emission,**  
 der **Reiße-Brieger Eisenbahn** und  
 der **Niederschlesischen Zweigbahn,**  
 sowie nach unserer Bekanntmachung vom 15. März o. auch

die **Wilhelmshahn-Obligationen I. und II. Emission zum 1. Juli d. J.**  
 zur Rückzahlung des Nominalwertes gekündigt sind.

Der Jahresausruf der noch im Umlauf befindlichen Nummern der vorgenannten Obli-  
 gationen erfolgt im Monat Juli d. J.

Von den im Jahre 1878 und früher ausgelassenen Prioritäts-Aktien und Obligationen  
 sind, soweit dieselben zur Einlösung gekommen, im heutigen Termine durch Feuer  
 vernichtet worden:

**A. Oberschlesische Eisenbahn:**

von den Prioritäts-Aktien Lit. A. à 100 Thlr. = 300 M = 65 Stktd.  
 " " Prioritäts-Aktien Lit. B. à 100 Thlr. = 300 M = 125 "  
 " " Prioritäts-Obligationen Lit. C. à 100 Thlr. = 300 M = 127 "  
 " " Prioritäts-Obligationen Lit. D.  
 à 1000 Thlr. = 3000 M = 24 Stktd.  
 à 500 Thlr. = 1500 M = 62 "  
 à 100 Thlr. = 300 M = 251 " = 337 "

**B. Reiße-Brieger-Eisenbahn:**

von den Prioritäts-Obligationen Lit. A. à 100 Thlr. = 300 M = 1 Stktd.

**C. Wilhelmshahn:**

von den Prioritäts-Obligationen I. Emission I. Serie à 100 Thlr. = 300 M = 51 Stktd.  
 " " Prioritäts-Obligationen I. Emission II. Serie à 50 Thlr. = 150 M = 36 "  
 " " Prioritäts-Obligationen II. Emission à 100 Thlr. = 300 M = 226 "  
 Breslau, den 4. April 1879.  
 [853] **Königliche Direction.**

**Coburg-Gothaische Creditgesellschaft.**

In Gemäßheit der §§ 14, 15 und 17 der Statuten laden wir die Herren Actionäre  
 unserer Gesellschaft zu der am  
**Donnerstag, den 1. Mai d. J., Vormittags 10 Uhr,**  
 im hiesigen Logengebäude stattfindenden

**XXIII. ordentlichen Generalversammlung**  
 ein, bezüglich der Tagesordnung auf § 17 der Statuten verweisend.  
 Coburg, 10. April 1879.

**Der Verwaltungsrath**  
 der **Coburg-Gothaischen Creditgesellschaft.**  
 J. R. Wittb. [864]

**Höhere Handels-Fachschule Erfurt.**  
 Vorbereitung für die kaufmännische, gewerbliche und landwirtschaftliche Carrière.

**Pensionat u. Erziehungs-Institut.**  
 Die Anstalt ist zur Ausstellung gültiger Zeugnisse für den einjährig-freiwilligen Militärdienst berechtigt.  
 D. S. Sommer-Semester beginnt am 21. April o. Ausführenden Prorector durch den Director Dr. Wahl. (H. 51329) [790-99]

**Pastilles de Bilin**  
 (Biliner Verdauungszelteln)  
 bewähren sich als vorzügliches Mittel bei **Sodbrennen, Magenkrampf, Blähsucht und beschwerlicher Verdauung,** bei **Magenkatarrhen,** wirken überraschend in den verschiedenen Krankheiten der **Verdauung im kindlichen Organismus,** bei beginnenden **Drüsenanschwellungen, Scrophulose,** der englischen Krankheit und sind bei **Atonie des Magens und Darmkanals** zufolge sitzender Lebensweise **eine wahre Sacra ancora der gequälten Patienten.**  
**F. M. L. Industrie-Direction in Bilin (Böhmen).**  
 Depôts in Leipzig bei **C. Lössner & Sohn, Sam. Ritter,** auch in den meisten Drogenhandlungen und Apotheken. [813-17]

**Schwefelbad Eilsen.**

Die bekannten **Schwefel- und Stahlwasser-, Schwefelschlamm und Schwefelgashäder,** sowie die Trinkanstalt der süßen Biegemolken zu Eilsen bei Bieleburg, Fürstenthum Schaumburg-Lippe, werden dieses Jahr am **1. Juni** eröffnet und am **31. August** geschlossen.  
 Brunnen-Kerze sind:  
 Oberstabsarzt Dr. med. **Wegener** und Medizinalrath Dr. med. **Schönian** zu Bieleburg.

Bestellungen auf Wohnung in den fürstlichen Häusern wolle man portofrei bei dem Unterzeichneten machen.  
 Während der Saison ist in Eilsen eine Post- und Telegraphenstation eingerichtet.  
 Mit der Post ist Personen-Beförderung vom Bahnhofe Bieleburg nach Eilsen und zurück verbunden.  
 Auch steht auf dem Bahnhofe bei Ankunft derzüge gutes Miethshauswerk zur Verfügung.  
 Bieleburg, den 10. April 1879.  
**Fürstl. Brunnen-Commissariat.**  
 Reinecke. [854-56]

**Die Baumschule von Albert Wagner**

in **Möckern** bei Leipzig empfiehlt **Obstbäume, Alleebäume, Biersträucher, Rosen, Kugelatazjen, Magnolien mit Knospen, Blutbuchen, Aristolochia, wilden Wein, Spargelpflanzen** etc., sowie verschiedene **Coniferen,** vorzüglich prachtv. **Abies Nordmanniana** in Krben zu billigen Preisen. [833-36]

**Hotel-Verkauf.**

Dieses an sehr schöner Lage, in nächster Nähe der beiden Bahnhöfe gelegene, bestrenommierte Hotel mit ca. 70 Zimmern und Salons, 2 Speisefesteln, Bier-Restaurant, Billardzimmer, einem im Sommer stark frequentirten Biergarten, kommt zum öffentlichen Verkauf. Der erste Verkaufstermin findet am **2. Mai a. e.** statt. Leistungsfähige Reflectanten, welche zu kaufen oder auch zu pachten beabsichtigen, wollen sich inzwischen an den Unterzeichneten hier selbst wenden. Das Inventar kann mit überwiesen werden.  
**Bremen. [860] Dr. J. Stachow.**

**Grand Hôtel du Nord. Bremen.**

**Eduard von Eichel Streiber'sche Rentverwaltung.** [851-53]

**Königl. Bad Nenndorf**  
 am Deister in der preuss. Grafschaft Schaumburg (Reg. Bez. Cassel), altberühmtes **Schwefel- und Sool-Bad.**  
**Schwefelbrunnen zur Trinkkur. Schwefel-, Sool-, Schlamm-, Moor-, Gas-, Dampf-, Douche-Bäder, Inhalations-Salons. Ziegenmilch. Electricität.** — Post, Telegraph, Apotheke. — Saison: **15. Mai bis 15. September.**  
 Anzeigt bei: Gicht, Rheumatismus, manchen Lähmungen u. Knochenleiden, Neuralgien, chron. Hautkrankheiten, Syphilis — speciell der Lunge — Metall (Quecksilber)-Vergiftungen, chron. Catarrhen, Hämorrhoiden und Unterleibs-Plthora, Scrophulosis, vielen Frauenleiden.  
 Aerztliche Auskunft: Königl. Brunnenärzte Herron Sanitäts-Rath Dr. **Neussel,** Stabsarzt a. D. Dr. **Ewe** und pract. Arzt Dr. **Varenhorst.** [857-59]

**Baumwoll-Spinnerei-Verkauf.**

Eine noch im Betrieb befindliche, auf das Beste eingerichtete Baumwoll-Spinnerei von ca. **6000 Spindeln,** in der Nähe von **Berlin** an einer Eisenbahnstation gelegen, soll wegen Todesfall, nebst den dazu gehörigen Wohn-Gebäuden und großem Garten, unter vortheilhaften Bedingungen verkauft werden. Das Etablissement, in schöner Lage und am Wasser gelegen, ist jeder Erweiterung fähig. Näheres auf Franco-Anfragen unter **G. T. 743** befürdern **Haasenstein & Vogler, Berlin SW.** (H 11695) [861-63]

**Theater der Stadt Leipzig. Neues Theater.**

Sonntag, 13. April. **Lohengrin.** Romantische Oper in 3 Acten von Richard Wagner. (99. Abonnements-Vorstellung)

**Altes Theater.**

Sonntag, 13. April. (3 Uhr Nachmittags. Zu ermäßigten Preisen. Volksthümliche Vorstellung) **Romeo und Julia.** Tragödie in 5 Acten von Shakespeare. Uebersetzt von A. W. Schlegel. (Ausgabe der deutschen Schaffpeare-Gesellschaft). — (7 Uhr Abends.) **Krisen.** Lustspiel in 4 Acten von Bauernfeld.

**Verkäuflich w. Alters des Def. d. Preuss. Oberlausig a. d. Eisenb., gr. Schloß m. Park, Gärten, an kleinem Fluß, gr. Forst, Teiche, Rieselweiden, Landwirthsch. verpachtet. Unterhändler verbeten. Näheres auf Offerten sub J. Q. 6143 an **Budolf Mosse, Berlin SW.** [865-66]**

**Familien-Nachrichten.**

**Verlobt:** Dr. Kreisrichter Dr. jur. **Rudolf Hoffmeister** in Templin mit Frä. **Sidonie Warnay** in Dresden.  
**Getraut:** Dr. Emil Richter in Leipzig mit Frä. Luise verw. **Andreas, geb. Heermann.**  
**Geboren:** Frn. **B. Albrecht** in Leipzig eine Tochter. — Frn. **Hermann Buhig** in Leipzig ein Sohn. — Frn. **Professor Dr. Cohnheim** in Leipzig ein Sohn. — Frn. **Apotheker W. Herb** in Marktschlößchen ein Sohn. — Frn. **Otto Lautenschläger** in Hannover ein Sohn. — Frn. **Franz Boigt** in Lützen in Meudnitz ein Sohn. — Frn. **L. A. Wiegand** in Leipzig ein Sohn.  
**Geftorben:** Dr. **Alfred Böhme** in Leipzig. — Dr. **Gustav Erich** in Leipzig. — Frn. **Karoline verw. Gerhards, geb. Richter,** in Leipzig. — Dr. **Bürgermeister Johann Gottbold Haufe** in Falkenstein i. B. — Frn. **Hedwig Köner, geb. Domsch,** in Rochitz. — Frn. **Marte Krahl, geb. Tauschnig,** in Leipzig. — Dr. **Karl August Wolfram** in Meerane.